

**Bericht
der Arbeitsgruppe
Angelegenheiten der Europäischen Union
zum Ende der 16. Wahlperiode
des Deutschen Bundestages**

29. November 2005 bis 26. Oktober 2009

Oktober 2009





Inhaltsverzeichnis

Bericht	4
Dokumentation	7
1. Arbeitsgruppenmitglieder und Stellvertreter	7
1.1. Ordentliche Mitglieder	7
1.2. Stellvertretende Mitglieder	10
2. Europäisierung des Deutschen Bundestages	12
3. Inhaltliche Schwerpunkte	18
3.1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft	18
3.2 Vertragsrevision	20
3.3 Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise	22
3.4 Lissabon-Strategie	23
3.5 Migrations- und Asylpolitik	24
3.6 Innen- und Justizpolitik	25
3.7 Daseinsvorsorge	26
3.8 Soziales Europa	26
3.9 Struktur- und Kohäsionspolitik	26
3.10 Verbraucherschutz	27
3.11 Finanzielle Vorausschau	27
3.12 Verstärkte Ostseekooperation und die EU-Ostseestrategie	28
3.13 Energiepolitik	29
3.14 Europa kommunizieren	29
3.15 Erweiterung	30
3.16 Östliche Partnerschaft	33
3.17 Menschenrechte	34
3.18 Jugend und Bildung	34
3.19 Institutionelle Fragen	35
4. Anträge und Stellungnahmen in der Federführung der AG Europa	37
4.1 Anträge	37
4.2 Positionspapiere – Eckpunkte – Stellungnahmen	37
5. Übersicht Plenardebatten zu EU-Themen	38
6. Sitzungen der Arbeitsgruppe und Gäste	46
7. Zusammenarbeit und Delegationsreisen	52
7.1 Klausurtagung AG-Europa und SPD-Gruppe im Europäischen Parlament	52
7.2 A-Ländertreffen	52
7.3 Gespräche mit Delegationen	52
7.4 Konferenz der Europapolitischen Sprecher/-innen	53
8. Neues Grundsatzprogramm – Europateil	54
9. Veranstaltungen / Konferenzen	58
9.1 „Zwischen Reflexionsphase und deutscher Ratspräsidentschaft – Sozialdemokratische Perspektiven für Europa“ am 25. September 2006	58
9.2 “Soziales Europa – zwischen Anspruch und Wirklichkeit” am 22. September 2008	59
9.3 „Migrationspolitik weiter gedacht“ am, 11. Mai 2009	60
9.4 Klausurtagungen	62
9.5 Neujahrsempfang	62
10. Publikationen	63
10.1 Fraktion Intern	64
10.2 Faltblätter zu Europa-Themen	65
10.3 Pressemitteilungen	66
11. Auszüge aus dem Koalitionsvertrag	82
Anlage	86
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	86



Bericht

Die 16. Wahlperiode war auch europapolitisch eine bewegte Zeit. Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages konnte Deutschland in seiner Ratspräsidentschaft die Reformkrise überwinden. Der Vertrag von Lissabon wurde im Dezember 2007 unterzeichnet und seine Ratifikation in allen Mitgliedstaaten außer Tschechien (Stand Okt. 09) abgeschlossen. Zugleich wurden die Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union entscheidend verbessert: zuerst mit der Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung und dann mit deren Überführung in das neue Zusammenarbeitsgesetz. Unsere Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union hat sich hierbei umfassend eingebracht. Zugleich hat sie zu zahlreichen Themen mit europapolitischer Relevanz die Meinungsbildung der SPD-Bundestagsfraktion maßgeblich bestimmt.

1. Arbeitsgruppenmitglieder und Stellvertreter

Die große Bandbreite von Erfahrungen, Überzeugungen und Temperamenten der Mitglieder waren die prägende Stäke unserer Arbeitsgruppe. So konnten wir sowohl inhaltlich wichtige Impulse setzen als auch in einer breiten Fülle von Gremien und Gruppierungen präsent sein.

2. Europäisierung des Deutschen Bundestages

Es ist uns gelungen, die europäische Dimension in der parlamentarischen Arbeit qualitativ und quantitativ entscheidend mit zu verbessern:

Die „Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der EU“ (BBV) ist von uns maßgeblich geprägt und zu einem Meilenstein bei der Einflussnahme deutscher Abgeordneter auf europäische Politik geworden. Mit der Überführung der wesentlichen Inhalte der BBV in das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) wurde die Bedeutung der Europapolitik im Bundestag weiter hervorgehoben und die Mitwirkungsmöglichkeiten merklich verbessert.

Nie zuvor haben so viele unserer Kolleginnen und Kollegen in den drei Städten der EU-Institutionen – Brüssel, Straßburg, Luxemburg – die SPD-Positionen im europäischen Kontext vertreten. Zugleich wurde das Meinungsbild der sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) in unsere Fraktion aufgenommen. Von hohem symbolischem Wert erwies sich die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion zum Auftakt der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 12. Januar 2007 im Europäischen Parlament in Brüssel. Das war ein Novum in der Parlamentsgeschichte unseres Landes!



3. Inhaltliche Schwerpunkte

Die Sicherung der zentralen Elemente des Entwurfs einer europäischen Verfassung und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 2007 sowie die Ratifikation des neuen Reformvertrags von Lissabon haben unsere Arbeit maßgeblich bestimmt. Darüber hinaus wirkte die Arbeitsgruppe maßgeblich an der „deutschen Position“ zur Dienstleistungsrichtlinie, an der Begleitung des Lissabon-Prozesses, am Thema Daseinsvorsorge, der Stärkung des Klimaschutzes, an der Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik sowie an der Formulierung von Stellungnahmen im Bereich der europäischen Haushalts-, Migrations- sowie sonstiger Innen- und Justizpolitik mit.

4. Sitzungen der Arbeitsgruppe und Gäste

Kontinuität und Aktualität sind die Grundlagen für unsere regelmäßigen Zusammenkünfte. In der zurückliegenden Legislaturperiode haben wir alle sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister der Bundesregierung sowie eine breite Palette von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft als auch Gäste von außerhalb für die Teilnahme an unseren Sitzungen gewinnen können. Mit ihnen wurden wir aktuelle Entwicklungen diskutiert und die Grundlagen für die verschiedenen Anträge und Beschlüsse gelegt, die unsere Arbeitsgruppe federführend begleitet hat.

5. Zusammenarbeit und Delegationsreisen

Vier Klausursitzungen mit den MdEP's und eine große Zahl von bilateralen Treffen einzelner Mitglieder – vor allem in Brüssel, aber auch in Berlin – haben einen wichtigen Beitrag zur Koordinierung der SPD-Europapolitik auf EU- und Bundesebene geleistet. Das Bewusstsein hat sich erfreulicherweise gewandelt: Wir sprechen nicht mehr über „die aus Brüssel“, sondern von „uns in Brüssel“.

Die traditionellen Sitzungen mit SPD-Vertretern aus Landesregierungen bleiben für den Informationsaustausch und eine gemeinsame Willensbildung äußerst nützlich. Neu sind Gesprächsrunden mit Delegationen von SPD-Europapolitikern aus den Landtagen. Die Konferenz der Europapolitischen Sprecher der Landtage und des Bundestages sowie des Europäischen Parlament wurde wieder jährlich durchgeführt.

Wichtiger Bestandteil des politischen Dialogs zwischen den Staaten sind die von Parlamentariern durchgeführten Dienstreisen. So waren wir in den vergangenen zwei Jahren zu 40 Auslandsreisen in 24 unterschiedlichen Staaten.

6. Neues Grundsatzprogramm – Europateil, Europamanifest und Regierungsprogramm

Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich vor allem über die Europapolitische Kommission des SPD-Vorstandes intensiv an der Programmdiskussion beteiligt und eine Reihe von Vorschlägen in den Entscheidungsprozess eingebracht. Auch an der Erarbeitung des Europamanifests, das für den Europateil des Regierungsprogramms als Grundlage diente, hat die AG über den Parteivorstand aktiv mitgewirkt.



7. Veranstaltungen

Mit einer Reihe von Konferenzen hat unsere AG über das Tagesgeschäft hinaus Schwerpunkte gesetzt und für die breite Öffentlichkeit erkennbar gemacht: Die Themen:

- „Zwischen Reflektionsphase und deutscher Ratspräsidentschaft – sozialdemokratische Perspektiven für Europa“ am 25. September 2006 mit 200 Gästen aus dem In- und Ausland,
- „Soziales Europa – zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ am 22. September 2008,
- „Migrationspolitik weiter gedacht“ am 11. Mai 2009.

Zu den Teilnehmern dieser Veranstaltungen gehörten neben zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft auch Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Franz Müntefering, Olaf Scholz, EU-Kommissar Vladimír Špidla, Vorsitzende der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament Martin Schulz und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sowie als „ständiger Gast“ Peter Struck.

Von 2007 an stellte die AG Europa den Abgeordneten der Fraktion auch jedes Jahr gesondert Materialien für den EU-Schulprojekttag zur Verfügung.

8. Publikationen

Erstmals wurde eine Broschüre „Parlamentarische Positionen zu Europa“ herausgegeben, die wesentliche Eckdaten der sozialdemokratischen Europatradition zusammenfasst. Zehn Themenfaltblätter zur SPD-Politik in der deutschen Ratspräsidentschaft und eine erneute Kurzdarstellung unserer Position zu einer Reihe aktueller Europathemen im Frühjahr 2009 boten zusätzliche Information über unsere Ausrichtung. Dazu kommen regelmäßige Beiträge in „Fraktion Intern“ und eine große Zahl von Pressemitteilungen. Diese und verschiedene andere Materialien wurden regelmäßig im Intranet allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktion zugänglich gemacht.

9. Auszüge aus dem Koalitionsvertrag

Die Vereinbarung von SPD, CDU und CSU für die vergangene Legislaturperiode bildete die Richtschnur unseres Handelns. Sie trägt eine klar erkennbare sozialdemokratische Handschrift, die sich auch in den Ergebnissen der Jahre 2005 – 2009 wiederfindet.

Fazit

Zusammenfassend können wir feststellen: Die Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union ist ein wichtiger und anerkannter Faktor in der SPD-Bundestagsfraktion.

Unser Dank gilt allen Abgeordneten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Büros der Arbeitsgruppe und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren sowie den Vertretern des Parteivorstandes, der A-Länder und des DGB, die gemeinsam zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben.



Dokumentation

1. Arbeitsgruppenmitglieder und Stellvertreter

1.1. Ordentliche Mitglieder



Axel Schäfer
Europapolitischer Sprecher

Tel.: 77477
Fax: 76477



Dr. Lale Akgün
Stv. Europapolitische Sprecherin

Tel.: 71132
Fax: 76487



Michael Roth
Stv. Europapolitischer Sprecher

Tel.: 75339
Fax: 76502



Kurt Bodewig
Bundesminister a.D.
Stv. Vorsitzender EU-Ausschuss

Tel.: 75313
Fax: 76313



Clemens Bollen

Tel.: 75380
Fax: 76850



Dr. Eva Högl

Tel.: 79023
Fax: 76023



Hans Eichel

Bundesminister a.D.

Tel.: 74929
Fax: 76915



Lothar Ibrügger

Parlamentarischer
Staatssekretär a.D.

Tel.: 73840
Fax: 76037



Steffen Reiche

Mitglied im Fraktionsvorstand

Tel.: 71208
Fax: 76534



Ottmar Schreiner

Tel.: 77340
Fax: 76340



Dr. Martin Schwanholz

Tel.: 70077
Fax: 76054



Dr. Margrit Wetzel

Tel.: 71993
Fax: 76252

Ehemalige Mitglieder

Hans-Jürgen Uhl
Josip Juratovic
Rainer Fornahl
Dr. Gerd Andres

ausgeschieden
jetzt stellv. Mitglied
jetzt stellv. Mitglied
jetzt stellv. Mitglied



1.2. Stellvertretende Mitglieder



Dr. Angelica Schwall-Düren
Stv. Fraktionsvorsitzende
Querschnittsarbeitsbereich
Europa

Tel.: 77706
Fax: 76706



Dr. h. c. Gerd Andres

Tel.: 73194
Fax: 76194



Doris Barnett

Tel.: 72072
Fax: 76072



Rainer Fornahl

Tel.: 75502
Fax: 70502



Frank Hofmann

Tel.: 73820
Fax: 76330



Johannes Jung

Tel.: 71381
Fax: 76588



Josip Juratovic

Tel.: 7017
Fax: 76114



Markus Meckel
Außenminister a.D.

Tel.: 79050
Fax: 76245



**Christel Riemann-
Hanewinckel**

Tel.: 77760
Fax: 76760



Dr. Wolfgang Wodarg

Tel.: 73371
Fax: 76333



Waltraud Wolff
Sprecherin für Ernährung,
Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Tel.: 72591
Fax: 70166



**Prof. Gert
Weisskirchen**
Außenpolitischer Sprecher

Tel.: 73503
Fax: 76503

Ehemalige stellv. Mitglieder:

Andrea Nahles
Gerd Höfer
Joachim Poß
Gerold Reichenbach
Otto Schily



2. Europäisierung des Deutschen Bundestages

Die „BBV“ und das neue Verbindungsbüro in Brüssel

Im Laufe der 16. WP haben wir die Mitwirkungsrechte unseres Parlaments in der Europapolitik erheblich gestärkt. Zunächst in Form der Vereinbarung zwischen Deutschem Bundestag und Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der EU (BBV), die im Dezember 2006 in Kraft trat. Im Rahmen der Überarbeitung der Begleitgesetzgebung zum Lissabon-Vertrag im Sommer 2009 wurden die wesentlichen Elemente dieser Vereinbarung dann in das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundestag und Bundesregierung (EUZBBG) überführt. Zugleich erfolgten dort Änderungen, wo sich aus der Praxiserfahrung ein Nachbesserungsbedarf ergab.

Einen wesentlichen Beitrag zur Europatauglichkeit des Bundestages insgesamt und der Fraktion im Besonderen leistete auch das Anfang 2007 eröffnete Verbindungsbüro in Brüssel und die dort angesiedelten Fraktionsmitarbeiter/innen.

Ausgangspunkt für die BBV war die Ratifizierung des „Vertrages über eine Verfassung für Europa“ Anfang 2005. Dieser sah die stärkere Einbindung nationaler Parlamente in die Gesetzgebungsprozesse der EU vor, insbesondere bei der Subsidiaritätskontrolle. Im Vorfeld der Ratifizierung wurde deutlich, dass der Bundestag diese Rolle nur unter der Bedingung einer verbesserten Europatauglichkeit würde ausfüllen können.

Vorgeschichte: Neufassung des Art. 23 GG

Bereits 1992 waren mit der Neufassung von Artikel 23 des Grundgesetzes die Mitwirkungsrechte des Bundestages in Angelegenheiten der EU grundlegend definiert worden. 1993 wurden diese durch das „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG)“ konkretisiert. Mit Beginn der 13. Wahlperiode Ende 1994 konnte der Deutsche Bundestag die Europapolitik und Gesetzgebung auf EU-Ebene auf dieser neuen Rechtsgrundlage mitgestalten. Tatsächlich nutzte unser Parlament diese Möglichkeit aber nur sehr selten, was nicht zuletzt an Regelungslücken im EUZBBG und an mangelnden Informationsrechten seitens der Bundesregierung lag.



Der Bundestag beschloss deshalb zusammen mit der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages einstimmig, das EUZBBG durch eine „interinstitutionelle Vereinbarung“ zu ergänzen. In einer gemeinsamen Erklärung legten die Fraktionen inhaltliche Eckpunkte für diese Vereinbarung fest, formulierten aber auch notwendige Folgearbeiten wie die Anpassung der Geschäftsordnung des Bundestages und eine Veränderung seiner praktischen Arbeitsweise.

Die konkreten Verhandlungen

Zu Beginn des Jahres 2006 wurden die Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesregierung aufgenommen. Verhandlungsführer: für die Bundesregierung Staatsminister Gloser (Auswärtiges Amt) und der Parlamentarische Staatssekretär Hintze (Bundeswirtschaftsministerium), für den Bundestag Axel Schäfer MdB, Michael Roth MdB, Michael Stübgen MdB, Markus Löhning MdB, Rainer Steenblock MdB und Alexander Ulrich MdB. Das Kabinett billigte das Ergebnis am 21. Juli 2006. In Kraft getreten ist die Vereinbarung mit der Unterzeichnung durch die Bundeskanzlerin und den Bundestagspräsidenten am 28. September 2006, nachdem der Bundestag einen interfraktionellen Antrag am 22. September einstimmig angenommen hatte.

Die Informationsrechte des Bundestages gegenüber der Bundesregierung in Angelegenheiten der Europäischen Union sind in Art. 23 Abs. 2 GG grundsätzlich geregelt. Danach hat die Bundesregierung „den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten“. Das EUZBBG sowie die Verfahrensgrundsätze des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union konkretisierten diese Unterrichtungspflicht nur geringfügig. Eingeforderte Informationen, die den Mitgliedern des Bundestages bei entsprechendem Nachdruck stets zur Verfügung gestellt wurden, reichte dies nicht aus, um eine parlamentarische Mitwirkung an der deutschen Europapolitik in dem Maße zu ermöglichen, wie es der Verfassungsvertrag erforderlich gemacht hätte. Die Konkretisierung der Informationsrechte des Bundestages war deshalb ein Hauptelement der BBV, das in der Neufassung des EUZBBG im September 2009 aufgenommen und ausgeweitet wurde. Verbesserungsbedarf gab es unter anderem bei den Unterrichtungen der Bundesregierung über Ratsarbeitsgruppen im sogenannten „Hauptstadtformat“, an denen Vertreter aus den Hauptstädten teilnehmen, weshalb die sonst üblichen Berichte der Ständigen Vertretung entfallen, sowie bei der Unterrichtung über den Bereich der 2. Säule (GASP/ESVP), bei denen aufgrund der schnelllebigen Verhandlungsprozesse eine Unterrichtung in Form von indikativen Vorausschauen vereinbart wurde.



Die neuen Rechte des Bundestages

Durch die neuen Regelungen erhält der Bundestag jetzt Zugang zu einer enormen Fülle zusätzlicher Unterrichtsdokumente. Ohne eine entsprechende organisatorische und personelle Unterlegung würden diese Informationen ungenutzt bleiben oder uns faktisch „erschlagen“. Zur Aufbereitung dieser Datenmenge und zur Unterstützung der Ausschüsse bei der europapolitischen Arbeit wurden deshalb entsprechende Änderungen in der Geschäftsordnung und in der Verwaltung vorgenommen.

Wichtigste Neuerung ist dabei die Einrichtung des Referats PA1 Europa, das die eingehenden Dokumente nach ihrer Beratungsrelevanz sortiert, die zuständigen Ausschüsse über aktuelle Entwicklungen und Prozesse informiert sowie den Abgeordneten als Ansprechpartner bzw. Dienstleister für Rückfragen zur Verfügung steht. Durch die Einrichtung eines Büros in Brüssel konnte der Bundestag darüber hinaus seine „informelle Positionierung“ auf EU-Ebene erheblich verbessern. Die Fraktionen haben im gleichen Zug ebenfalls Vertreter/innen nach Brüssel entsandt, die dort in gemeinsamen Räumlichkeiten mit der Bundestagsvertretung die jeweiligen Interessenschwerpunkte der Fraktionen vor Ort begleiten.

Die BBV konkretisierte über die Informationsrechte hinaus auch erstmals die Pflicht der Bundesregierung, Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen zu berücksichtigen (Art. 23 Abs.3, Satz 2 GG). Dabei wurde klargestellt, dass Deutschland im Rat einen Parlamentsvorbehalt einlegen muss, wenn ein Beschluss des Bundestages in einem seiner wesentlichen Belange nicht durchsetzbar ist. Um diesen Vorbehalt auszuräumen, muss die Bundesregierung sich vor der abschließenden Entscheidung im Rat um Einvernehmen mit dem Bundestag bemühen. Durch diese Regelung wird die europapolitische Verantwortung des Bundestages in beide Richtungen gestärkt: Zum einen ist sein Mitwirken gegenüber der Bundesregierung klaren Verfahrensregeln unterworfen, zum anderen muss er sich der Situation von Ratsentscheidungen bei qualifizierter Mehrheit stellen. Das Gesetz zur Änderung des EUZBBG vom September 2009 übernimmt diese Regelung im Wesentlichen, verschärft darüber hinaus aber die Berichtspflichten der Bundesregierung über die Verhandlungen und hebt die Bedeutung von Stellungnahmen zur kommunalen Daseinsvorsorge hervor.

Eine weitere Neuerung der BBV, die auch in das EUZBBG-Änderungsgesetz übernommen wurde, ist die stärkere Beteiligung des Bundestages an Entscheidungen über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen bzw. Vertragsveränderungen. Hier soll die Bundesregierung



zukünftig vor der abschließenden Entscheidung im Rat Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen.

Sowohl für Stellungnahmen des Bundestages zu Gesetzgebungsakten der EU als auch bei Verhandlungen über Beitritte oder Vertragsrevisionen kann die Bundesregierung auch zukünftig von den Stellungnahmen des Bundestages abweichen, wenn dies aus wichtigen außen- oder integrationspolitischen Gründen erforderlich erscheint.

Weitere Reformnotwendigkeiten nach den Monitoringberichten

Die Bundestagsverwaltung hat die Probleme bei der Umsetzung der BBV in zwei Monitoringberichten festgehalten (September 2007 und 2008) und im Dialog mit der Bundesregierung eine stetige Verbesserung bei der Umsetzung der BBV verfolgt. Um die bisherigen Erfahrungen festzuhalten und die noch nötigen Verbesserungen anzumahnen haben die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der FDP im Mai 2009 einen entsprechenden Antrag im Deutschen Bundestag verabschiedet (BT-Drs. 16/13169). Hierauf aufbauend konnte bei den Verhandlungen über das Änderungsgesetz zum EUZBBG auf die festgestellten Mängel eingegangen und an vielen Stellen entsprechende Verbesserungen in das Gesetz aufgenommen werden.

Verbesserungspotential weist aber auch die Nutzung der Mitwirkungsrechte seitens des Bundestages auf, zumindest wenn man diese an der Anzahl der Stellungnahmen nach Artikel 23 GG festmacht. Während der Bundesrat im Zeitraum September 2007 bis August 2008 insgesamt 170 solcher Stellungnahmen abgab, waren es für den Bundestag in demselben Zeitraum nur 24. Dies entspricht einem Anteil von rund 3,9 % an den in diesem Zeitraum als beratungsrelevant bewerteten EU-Dokumenten. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass der Bundestag sehr viel stärker als der Bundesrat auch informell auf die Bundesregierung einwirken kann, müsste diese niedrige Zahl noch deutlich erhöht werden. Auch ist davon auszugehen, dass in den Verfahren Verbesserungen notwendig werden. Die Bundestagsverwaltung ist im Begriff, mit der Einführung eines neuen elektronischen Verwaltungssystems für EU-Vorlagen unter dem Titel EUDOX hierfür die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Weitere Anpassungen werden im Bereich der Geschäftsordnung vorzunehmen sein. Auch die Organisation der Fraktionen in Fragen der Mitwirkung an EU-Politik wird immer wieder Diskussionsgegenstand sein.



Die COSAC-Testläufe als Herausforderung

Eine besondere Art der Mitwirkung des Bundestages stellt die Teilnahme an den COSAC-Testläufen zur Subsidiaritätskontrolle dar. Die Konferenz der auf EU-Angelegenheiten spezialisierten Ausschüsse (COSAC) hatte im Rahmen des Ratifizierungsprozesses zum EU-Verfassungsvertrag beschlossen, die im Verfassungsvertrag vorgesehene Subsidiaritätskontrolle gemeinsam einzuüben. Da für die im Verfassungsvertrag und auch im Vertrag von Lissabon vorgesehene Subsidiaritätsrüge ein kritisches Votum von einem Drittel der Gesamtzahl der nationalen Parlamente erfordert, erschien es sinnvoll, dieses Verfahren gemeinsam zu erproben. Von bislang insgesamt sieben COSAC-Testläufen fanden sechs in der 16. Legislaturperiode statt. Der Deutsche Bundestag hat viermal eine Stellungnahme dazu abgegeben. In der 16. Wahlperiode kam nur in zwei Fällen keine Stellungnahme zustande: zu dem Richtlinienentwurf zur Anti-Diskriminierungsrichtlinie von 2008 und zu dem Vorschlag für einen Rahmenbeschluss über das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers und Übersetzers in Strafverfahren. Im ersten Fall scheiterte dies an koalitionsinternen Differenzen in der Bewertung des Vorschlags mit Hinblick auf Einhaltung oder Nichteinhaltung des Grundsatzes der Subsidiarität. Daran zeigt sich, dass die Beurteilung des Grundsatzes der Subsidiarität in der Praxis eine politisch sehr ambivalente Frage ist. Dies macht auch die Formulierung des Subsidiaritätsvotums im vorerst letzten Testlauf deutlich, der keine eindeutige Ja/Nein Antwort bietet, sondern lediglich unter Vorbehalt feststellt, dass die Subsidiarität eingehalten wird. Im zweiten Fall fiel die Frist für die Stellungnahme mit der Sommerpause und dem Wahlkampf zusammen.

Die Rolle der AG Europa war bei den meisten Testläufen eine unterstützende. Da keiner der Legislativvorschläge im Rahmen der COSAC-Testläufe in der federführenden Zuständigkeit des Europaausschusses lag, konnten wir nur beraten, lieferte dabei aber immer wieder wesentliche Anstöße und Bausteine für das endgültige Votum.



Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Die Bedeutung der aktiven Mitwirkung des Bundestages an der Europa-Politik wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon am 30. Juni 2009 in deutlicher Weise hervorgehoben. Für "Karlsruhe" ist die gestaltende Einflussnahme beider Kammern zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit der europäischen Integration mit dem Grundgesetz. Sowohl die Praxis als auch die Theorie der Mitwirkung wurden in der mündlichen Verhandlung und im Urteil ausdrücklich behandelt. Aufgrund des Urteils wurde während des Sommers 2009 eine neue Begleitgesetzgebung ausgearbeitet und von Bundestag und Bundesrat angenommen. Sie zeigt europäische Integrationsverantwortung und ist keine Integrationsverhinderung. Damit hat unser Parlament nicht nur die vom Gericht geforderte Beteiligung an jeglichen im Vertrag von Lissabon angelegten Schritten zur weiteren Integration gesetzlich verankert, er bekennt sich durch die gesetzliche Stärkung seiner Mitwirkungsrechte auch zu seiner Verantwortung für die europäische Integration im europapolitischen Alltagsgeschäft. Dieser Verantwortung müssen der Bundestag und die SPD-Fraktion auch in Zukunft gerecht werden. Damit steht schon heute fest, dass die Europapolitik auch in der 17. WP weiterhin ein zentrales Arbeitsfeld bleiben wird.



3. Inhaltliche Schwerpunkte

3.1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Die deutsche Ratspräsidentschaft während den ersten sechs Monate des Jahres 2007 erzielte viele wichtige Erfolge für das gemeinsame Europa. Im Mittelpunkt stand hierbei die auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Juni 2007 erzielte Einigung auf ein Mandat für den EU-Reformvertrag. Damit einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, die wesentlichen Elemente des Verfassungsvertrages zu übernehmen. Aber auch auf anderen Feldern wurden wichtige Einigungen erzielt, insbesondere beim Klimaschutz und in der Energiepolitik.

Lösung der Verfassungskrise

Die Erwartungen an den deutschen EU-Vorsitz waren vor allem deshalb so groß, weil nur Deutschland zugetraut wurde, das nach den beiden negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ins Stocken geratene Reformvorhaben erneut in Bewegung zu bringen. Im Juni 2006, also noch unter österreichischem Vorsitz, erhielt Deutschland das erforderliche Mandat, einen Verfahrensweg auszuloten, wie die nötigen Reformen trotz der gescheiterten Referenden und der darauf folgenden Lähmung doch noch umgesetzt werden könnten. Auf dem Europäischen Rat vom 21. - 23. Juni 2007 einigten sich die Staats- und Regierungschefs prinzipiell darauf, den Verfassungsvertrag als Grundlage der Verhandlungen zu betrachten und das institutionelle „Paket“ nicht erneut aufzuschnüren, um den Rahmen der Verhandlungen möglichst einzugrenzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung bei diesem Vorhaben unterstützt, nicht zuletzt durch das klare und öffentliche Bekenntnis zu den Inhalten des Verfassungsvertrages und dem Festhalten an den darin enthaltenen institutionellen Neuerungen.

Konkrete Erfolge für Europa

Die deutsche Ratspräsidentschaft konnte gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten auf einer Vielzahl von Zukunftsfeldern wichtige Fortschritte erzielen. Im Bereich der *Klima- und Energiepolitik* wurden auf dem Frühjahrsgipfel im März 2007 weitreichende Entscheidungen gefällt. Die EU verpflichtete sich, bis 2020 die CO₂-Emissionen und den Energieverbrauch um 20% zu senken sowie der Anteil der erneuerbaren Energien auf 20% des Gesamtverbrauchs zu steigern. Die CO₂-Emissionen sollten sogar um 30% gesenkt werden, wenn sich andere Staaten auch auf ähnlich ehrgeizige Ziele verpflichten würden.



Das Thema der sozialen Dimension Europas gewann während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft aufgrund der SPD-Initiative für gute Arbeit in der EU an Beachtung. Das Thema "Flexicurity", d.h. die Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im Wandel, wurde ebenfalls im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft diskutiert.

In der Justiz- und Innenpolitik erfolgten ebenfalls wichtige Integrationsschritte. Der "Prümer Vertrag", der den Austausch von Daten zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität erleichtert und bis dahin als internationaler Vertrag bestanden hatte, wurde in den Rechtsrahmen der EU eingegliedert. Gleichzeitig konnten mit der EU-Grundrechteagentur und durch diverse Einzelmaßnahmen die Bürgerrechte gestärkt werden.

Ebenso positiv und direkt wirken wichtige, erfolgreich abgeschlossene EU-Gesetzesvorhaben im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Mit der sog. "Roaming"-Verordnung wurde die Grundlage für eine deutliche Preissenkung bei der Benutzung von Mobiltelefonen im EU-Ausland geschaffen. Durch die Einführung eines einheitlichen europäischen Zahlungsraums wurden Überweisungen und Lastschriften über Grenzen hinweg so einfach und preiswert geregelt, wie innerhalb Deutschlands üblich. Unerledigt blieben beispielsweise die Themenfelder Galileo und Liberalisierung der Postdienstleistungen.

EU-Außenbeziehungen

Die außenpolitische Agenda der Ratspräsidentschaft erwies sich als kompliziert und facettenreich. Erfolgreich vorangebracht werden konnte die europäische Nachbarschaftspolitik. Dabei wurde die Verflechtung der EU mit ihren östlichen Nachbarstaaten verstärkt. Durch die EU-Zentralasienstrategie, die Stabilität und Sicherheit in diesen wichtigen Raum tragen soll, konnte ein deutliches Signal gesetzt werden. Mit Albanien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Serbien wurden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterschrieben. Die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel mit der Türkei und Kroatien sind ebenfalls positiv zu vermerken, wenngleich die Türkei das Ankara-Protokoll immer noch nicht unterzeichnet hat. Die Neuverhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland wurden erfreulicherweise aufgenommen.



Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Ratspräsidentschaft

Europa-Bustour

In folgenden Städten waren AG-Mitglieder in diese Aktion einbezogen:

Bochum, Cottbus, Kassel, Osnabrück, Köln und Leipzig. – Leider hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – trotz mehrfacher Kritik - bei der regionalen Aufteilung nicht alle Mitglieder des Europa-Ausschusses bei dieser Aktion berücksichtigt.

„Europa wird 50“ – Europäisches Jubiläum am 25. März 2007

Vor und an diesem Ehrentag gab es eine Reihe von Veranstaltungen von und mit unseren MdBs. Erfreulich, dass auch neue Formen zum Teil in Kooperation mit anderen Ländern ausprobiert wurden.

3.2 *Vertragsrevision*

Das Mandat für eine Regierungskonferenz aus der deutschen Ratspräsidentschaft umfasste alle wesentlichen institutionellen Errungenschaften des Verfassungsvertrages:

- Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta der Europäischen Union (mit Ausnahme Großbritanniens);
- Einheitliche Rechtspersönlichkeit der EU und Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention;
- Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit (Mitgliedstaaten und Bevölkerung) im Rat anstelle der dreifachen Mehrheit nach dem Vertrag von Nizza (Stimmen, Staaten und Bevölkerung);
- Ausweitung der Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit im Rat als Regelfall;
- Stärkung des Europäischen Parlaments durch Festlegung der Mitentscheidung als Regelfall, Ausweitung seiner Haushaltsbefugnisse und seiner maßgeblichen Rolle bei der Wahl des Präsidenten der Kommission;
- Grundsatz der partizipativen Demokratie auf EU-Ebene und Einführung eines EU-Bürgerbegehrens;
- Schaffung des Amtes eines auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten des Europäischen Rates;



- Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik durch Verknüpfung der Zuständigkeiten von Rat und Kommission. Mit dem neu geschaffenen Amt des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik werden die Funktionen des hohen Repräsentanten des Rates und des Außenkommissars im Range eines Vizepräsidenten in einer Person vereint;
- Begrenzung der Größe der Europäischen Kommission auf 18 Mitglieder im Jahre 2014;
- Aufwertung der Rolle der nationalen Parlamente durch die Subsidiaritätskontrolle und insbesondere durch ihre Klagemöglichkeit gegen EU-Rechtsetzungsakte bei einem mutmaßlichen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Im Dezember 2007 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat von Lissabon auf einen neuen Vertrag, der diese Vorgaben in allen wesentlichen Punkten aufgriff. Bedeutende Abweichungen des Reformvertrags von Lissabon im Vergleich zum Verfassungsvertrag waren die Aufgabe der staatstypischen Symbole (Flagge, Hymne, Leitspruch); die Ausgliederung der Grundrechtecharta, die nicht mehr Teil der Vertrags, sondern nur als Bezugspunkt in dem Vertrag benannt wurde; die Einführung des im Verfassungsvertrag enthaltenen Abstimmungsverfahrens der doppelten Mehrheit wurde auf 2014 verschoben; um die Zustimmung Spaniens zu dem neuen Paket zu erlangen, wurde Spanien ein zusätzlicher Abgeordneter zugesagt.

Fortschritte für Europa – Rückschritte hinter den Verfassungsvertrag

Mit dem neuen Vertrag werden die Voraussetzungen für eine verbesserte Handlungsfähigkeit, höhere Legitimität und größere Transparenz der Europäischen Union geschaffen. Trotzdem mussten einige schmerzhaft Abstriche hingenommen werden. Es gibt keine "Verfassung" als eigenes auch so bezeichnendes Dokument, sondern die Reformen werden in die bestehenden europäischen Verträge integriert. Dieser Weg ist weniger transparent, als es ein Verfassungsvertrag gewesen wäre. Zudem musste auf eine Reihe von Wünschen von Mitgliedstaaten eingegangen werden, die besonders energisch ihre speziellen Anliegen verfolgten. So wird künftig die Anwendung der Grundrechtecharta vor britischen Gerichten ausgeschlossen sein. Das Stimmenverfahren der doppelten Mehrheit ist auf die Zeit nach dem 1. November 2014, in Einzelfällen sogar bis maximal zum 31. März 2017 verschoben. Nur so konnte die Forderung Polens nach einem gänzlich anderen Abstimmungssystem zurückgewiesen werden. Und auf ausdrücklichen Wunsch einzelner Regierungen, insbesondere der Niederlande, sind Leitmotto („In Vielfalt geeint“), Hymne ("Ode an die Freude" von Friedrich von Schiller mit der Musik von Ludwig van Beethoven),



Fahne (zwölf fünfzackige Sterne auf blauem Hintergrund) und der Europatag (9. Mai) nicht im neuen Text aufgeführt.

Der Verhandlungsdruck und damit die Erwartungen an den deutschen Vorsitz waren folglich sehr groß. Ohne diese Sonderregelungen wäre eine Einigung nicht erzielt worden und die EU in eine tiefe Krise geraten.

3.3 *Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise*

Spätestens mit dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman-Brothers im September 2008 erreichte die bereits seit Frühsommer 2007 in den USA einsetzende Krise der Finanzwirtschaft Europa.

Während die Bedeutung der Finanzmarktregulierung in diesem Zusammenhang nicht allen sofort klar war, verabschiedete das Europäische Parlament auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion dort noch im Herbst 2008 einen Bericht, der den klaren europäischen Handlungsbedarf aufzeigte und bereits erste Anregungen formulierte. Rat und Kommission griffen diese Ideen schnell auf und beauftragten eine Arbeitsgruppe um den ehemaligen französischen Notenbankchef Jacques Larosière, Vorschläge für eine europäische Finanzmarktkontrolle zu entwickeln. Auf dem europäischen Rat vom Juni 2009 haben sich die Staats- und Regierungschefs nun auf ein entsprechendes Maßnahmenpaket geeinigt, das eine Balance aus nationalstaatlicher Finanzmarktkontrolle und europäischer Koordinierung vorsieht.

Der Parteivorstand der SPD setzte schon frühzeitig eine Arbeitsgruppe ein, die im September 2008 einen Bericht unter dem Titel „Neue Verkehrsregeln für die internationalen Finanzmärkte“ vorlegte. Auch die AG Europa befasste sich in einer ihrer Sitzungen mit der europäischen Dimension der Finanzmarktkrise und möglicher Antworten darauf.

Neben der Verbesserung der Finanzmarktregulierung folgte aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auch der Bedarf konjunktureller Impulse. Während die Bundesregierung mit dem Konjunkturprogramm I und II umfangreiche Maßnahmenpakete vorlegte, war die Diskussion über die Rolle der EU dabei von einer nationalstaatlich motivierten Ambivalenz geprägt. Die Vorschläge der Kommission für eine Koordinierung nationalstaatlicher Maßnahmenpakete plus eines europäischen Anteils von 5 Mrd. Euro zur Verbesserung insbesondere von Energieinfrastrukturmaßnahmen führte zu schwierigen Diskussionen im Rat, die von dem eigentlichen Handlungsbedarf teilweise ablenkten. Die AG Europa ließ sich über diese Verhandlungen Anfang des Jahres ausführlich informieren. Neben Vertretern des



Auswärtigen Amtes und des Bundesfinanzministeriums wurde hierzu auch der Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) Matthias Kollatz-Ahnen eingeladen.

Bedeutung gewann dieses Thema erneut auf der Klausurtagung der Arbeitsgruppe in Luxemburg Ende Mai 2009. Bei dieser Gelegenheit lud Matthias Kollatz-Ahnen die teilnehmenden Mitglieder der AG zum Mittagessen in die EIB ein und berichtete bei dieser Gelegenheit über wichtige Fortschritte bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise von Seiten der EIB.

3.4 Lissabon-Strategie

Auf ihrem Frühjahrsgipfel am 22. und 23. März 2007 befassten sich die 27 Staats- und Regierungschefs mit der Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Erneuerung der EU. Die Strategie sollte nach ihrer Reform im Jahr 2005 stärker auf Wachstum und Beschäftigung, Vereinfachung und Engagement der Mitgliedstaaten ausgerichtet werden. Zur Politikgestaltung wurden „integrierte Leitlinien“ beschlossen. Die Mitgliedstaaten erstellen zudem auf dieser Basis ein „Nationales Reformprogramm“.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich 2008 mit dem Fortschrittsbericht sowie der Fortschreibung des „Nationalen Reformprogramms“ befasst. Aufgrund der Terminierung des Berichts am Anfang der parlamentarischen Sommerpause blieb die Beratung allerdings ohne formale Konsequenz.

Die im Frühjahr 2009 einsetzende Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der Lissabon-Strategie nach 2010 wurde ebenfalls von der Arbeitsgruppe aufgegriffen und diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion war ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Titel „Europa 2020 – Strategie für Wohlstand und Vollbeschäftigung in Europa“, das am 16. Juni von der Fraktion angenommen wurde.

Europäische Beschäftigungspolitik

2005 startete der erste Zyklus der neu ausgerichteten Lissabon-Strategie. Im Rahmen der AG Europa und des von der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren geleiteten „Arbeitskreises Lissabon“ wurde die Erstellung des Nationalen Reformprogramms 2005 bis 2008 sowie der Umsetzungs- und Fortschrittsberichte 2006 und 2007 begleitet. Nach anfänglichem Widerstand seitens des Bundeswirtschaftsministeriums konnte eine rechtzeitige Einbindung des Bundestages letztlich durchgesetzt werden. In der Beschäftigungspolitik wurde guter Fortschritt erzielt: Deutschland hat das Lissabon-Ziel bei der Frauenerwerbsquote mit 61,5 % (2006) erreicht. Daneben konnte die



Beschäftigungsquote Älterer seit 2000 erheblich gesteigert werden: um über 10 % auf 48,4 % (2006). An der europaweiten Diskussion über das Verhältnis von Sicherheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt beteiligte sich die SPD-Bundestagsfraktion im März 2007 mit einer Stellungnahme zum Grünbuch Arbeitsrecht der EU-Kommission. Dieses Positionspapier wurde in einer ad-hoc-Gruppe zusammen mit den Arbeitspolitikern der Fraktion erstellt. Kern der Stellungnahme ist die klare Ablehnung einer Einschränkung des Kündigungsschutzes. Durch die immer stärker werdende Liberalisierung im Arbeitsbereich ist die Schaffung von europäischen Mindeststandards unerlässlich. Die ad-hoc-Gruppe hat auch die Themen Leih- und Zeitarbeit diskutiert.

Im März 2006 legte die Kommission einen Verordnungsentwurf für den Europäischen Globalisierungsfonds vor. Federführend erarbeitete die AG Europa einen Antrag, der unseren Bedenken Rechnung trug und enge Interventionskriterien sowie eine begrenzte Laufzeit forderte. Diese Forderungen wurden bei den Verhandlungen in Brüssel von der Bundesregierung durchgesetzt.

3.5. *Migrations- und Asylpolitik*

Im Bereich von Migrations- und Asylpolitik reichen nationalstaatliche Konzepte in den EU-Mitgliedstaaten längst nicht mehr aus. Es ist offensichtlich, dass in einer europäischen Gemeinschaft ohne Binnengrenzen eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte europäische Zuwanderungs- und Asylpolitik zwingend erforderlich ist.

Die EU wird in diesem Politikfeld immer aktiver und hat bereits eine Reihe von Initiativen ergriffen, gerade auch im Bereich von Arbeitsmigration. Von März 2008 bis Januar 2009 wurde daher die fachübergreifende Projekt-Arbeitsgruppe „Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit“ unter der Leitung der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Angelica Schwall-Düren eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat abschließend das SPD-Positionspapier „Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa“ (Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, Dokumente, Nr. 05/09, http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_datei/0,,10921,00.pdf) im April 2009 verabschiedet.

Damit wurde ein Beitrag dazu geleistet, ein umfassendes System der Zuwanderungssteuerung zu entwickeln. Es beinhaltet Grundsätze wie die künftige Gleichberechtigung aller EU-Bürgerinnen und Bürgern, hohe arbeits- und sozialrechtliche Standards für Migrantinnen und Migranten und die Gewährleistung von ausgewählten Möglichkeiten von legaler Zuwanderung in Deutschland und in Europa. Zuwanderungsprozesse sollen gesteuert und gestaltet werden (z. B. durch die Einführung



eines sog. „Punktesystems“ in Deutschland, die EU-Blue Card, Migration „auf Zeit“), ohne die humanitären Verpflichtungen im Rahmen des internationalen Flüchtlingschutzes zu vernachlässigen. Wir sprechen uns darin zudem dafür aus, die Integration der Migrantinnen und Migranten als eine wichtige Daueraufgabe der Politik und der Gesellschaft insgesamt zu begreifen. Im Asylbereich plädieren wir für eine weitere Vereinheitlichung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Verfahren. Ziele sind die Einhaltung von humanitären Mindeststandards und eine gleichmäßige und solidarische Lastenverteilung zwischen den EU-Staaten.

3.6. Innen- und Justizpolitik

Die Justiz- und Innenpolitik ist eines der Felder der europäischen Integration, auf dem die Zusammenarbeit in den letzten Jahren die größten Fortschritte gemacht hat. Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Viele Maßnahmen in einzelnen Bereichen dienen dazu, dieses Ziel zu erreichen, etwa bei der stärkeren Zusammenarbeit bei der Asylvergabe, bei der Zivilrechtskooperation oder bei der Terrorismusbekämpfung. Diese große Dynamik hat zwei Ursachen: Zum einen bilden rechtliche Unterschiede auch heute noch Hindernisse für die Integration Europas. Für Menschen, die über Grenzen hinweg umziehen, Handel treiben oder heiraten, sind die unterschiedlichen Rechtssysteme ein Problem. Diese sollen überwunden oder begrenzt werden. Zum anderen wirken auf die Gemeinschaft Ursachen von außen ein: Migrationsdruck, internationaler Terrorismus und grenzüberschreitende Kriminalität können nur gemeinsam wirkungsvoll bekämpft werden. Auf diese unterschiedlichen Herausforderungen hat die EU mit vielen verschiedenen Rechtsakten reagiert. Den größeren Rahmen bildet dabei das sogenannte „Haager Programm“, in dem die Mitgliedstaaten der EU ihre Ziele und die geplanten Maßnahmen im Bereich der Innen- und Justizpolitik bis 2010 verabredet haben. Gegenwärtig wird über die zukünftige Ausrichtung der Innen- und Justizpolitik der EU nach 2010 diskutiert, die im Dezember dieses Jahres auf dem Europäischen Rat in Stockholm beschlossen werden soll. Es wird deshalb schon jetzt von dem „Stockholmer Programm“ gesprochen. Eine Stellungnahme zu dieser Diskussion hat die Bundestagsfraktion im August 2009 beschlossen.

Die AG Europa hat sich sowohl im Rahmen der Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon als auch bei der Diskussion über ein europäisches System zur Nutzung von Fluggastdaten zur Strafverfolgung intensiv mit der Innen- und Justizpolitik befasst.



3.7. *Daseinsvorsorge*

Die SPD-Bundestagsfraktion beteiligte sich aktiv an der Diskussion zum Thema Daseinsvorsorge, das insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 eine starke Rolle spielte. Dabei geht es vor allem um gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge versus Binnenmarkt ohne Wettbewerbsverzerrung. Das Problem ist der Spagat zwischen einer Versorgung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und dem Grundsatz der Gemeinschaft einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb. Im Mittelpunkt der Debatte steht die Frage nach einer Rahmenrichtlinie zum Schutz von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Die Berichterstatter aus den verschiedenen Arbeitsgruppen sind sich dennoch einig, dass eine Rahmenrichtlinie weniger Rechtssicherheit bringen würde, da zu viele Sektoren betroffen sind, um sie in eine solche Rechtsform zu gießen. Diese Vorschläge werden in den nächsten Monaten intensiv beraten, u.a. inwieweit eine interinstitutionelle Vereinbarung hilfreich sein könnte.

3.8. *Soziales Europa*

Auf dem Weg von der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 zur Europawahl 2009 gewann die Diskussion über die Rolle des Sozialen in der EU an Bedeutung und Aufmerksamkeit. Für die Arbeit der AG Europa war damit die Frage verbunden, wie die EU mehr für die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Benachteiligte und Schwache tun kann. Dazu gehörte ebenso die Auseinandersetzung mit den Richtlinien zur Leiharbeit, zur Daseinsvorsorge, zur Gesundheitspolitik und zum Mutterschutz.

Das Soziale Europa zieht sich als roter Faden durch die sozialdemokratische Auseinandersetzung mit europapolitischen Themen der AG Europa.

3.9. *Struktur- und Kohäsionspolitik*

Die Verhandlungen über die Ausgestaltung der EU-Struktur- und Kohäsionspolitik für die Förderperiode 2007 bis 2013 wurden in der ersten Hälfte der Legislaturperiode abgeschlossen und die Strukturfondsverordnungen und die strategischen Kohäsionsleitlinien verabschiedet. In dieser Periode mussten die Mitgliedstaaten erstmals einen „Nationalen Strategischen Rahmenplan (NSRP) 2007-2013“ vorlegen, in dem die Kohärenz der jeweiligen Förderstrategien in den Mitgliedsländern verdeutlicht werden sollte. Parallel zur Erstellung des NSRP begann die Phase der Konzeption und Einreichung der regionalen „Operationellen Programme“. Der deutsche NSRP und die „Operationellen Programme“ wurden inzwischen alle von der Kommission gebilligt.



Die Arbeitsgruppe begleitete diesen zentralen Politikbereich der Europäischen Union intensiv. In den Jahren 2007 – 2013 werden immerhin insgesamt rund 308 Mrd. € (in Deutschland rund 26,3 Mrd. €) eingesetzt, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU zu stärken und vor allem den Entwicklungsrückstand besonders strukturschwacher Regionen gegenüber dem EU-Durchschnitt durch gezielte Maßnahmen zu verringern. Hiervon profitieren insbesondere die neuen Länder, die beim Ziel „Konvergenz“ förderfähig sind.

3.10. Verbraucherschutz

Verbraucherschutz-Themen behandelt die AG Europa überwiegend mitberatend. Schwerpunkte waren die Mitteilung der Kommission über die „Verbraucherpolitische Strategie 2007 bis 2013“ und das „Grünbuch zur Überprüfung des Gemeinschaftlichen Besitzstandes im Verbraucherschutz“. In beiden Fällen haben wir eng mit der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zusammengearbeitet. Deren Antrag zum Grünbuch haben wir unterstützt und ihn wortgleich mit dem Koalitionspartner erfolgreich in den EU-Ausschuss eingebracht.

3.11. Finanzielle Vorausschau

Die Beratungen über die „Finanzielle Vorausschau 2007 – 2013“ bestimmten die Debatte in den ersten Monaten der 16. Legislaturperiode. In diesem Zusammenhang spielte auch die immer wieder aufkommende Diskussion um eine sog. Europasteuer eine zunehmende Rolle.

Im Einklang mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Dezember 2005 stieß die EU-Kommission im Oktober 2007 mit einem Grünbuch zur Haushaltsrevision eine Diskussion über die zukünftige Struktur des EU-Finanzrahmens an. Zu diesem Konsultationsverfahren bezog die SPD-Bundestagsfraktion mit einem Positionspapier Stellung. Die wesentlichen Forderungen waren dabei:

- Die Vereinfachung der Einnahmenstruktur durch die Abschaffung des MwSt.-Anteils und die Fokussierung auf den am Bruttonationaleinkommen basierten Beitrag zum Haushalt.
- Die Abschaffung des Briten-Rabatts zugunsten eines allgemeinen Ausgleichsmechanismus zur Vermeidung übermäßiger Ungleichgewichte bei den Nettosalen.
- Umstrukturierung der Ausgaben zugunsten von Maßnahmen, die sich an der Lissabon-Strategie orientieren.
- Abbau der Ausgaben für die Subventionierung von Produktion in der Landwirtschaft.



Die Gemeinsame Agrarpolitik soll zukünftig vor allem die Entwicklung der ländlichen Räume und die nachhaltige Landnutzung im Sinne der Lissabon-Strategie und der Göteborg-Strategie fördern. Zugleich muss die Strukturpolitik in den strukturschwachen Regionen durch eine zielgerichtete Förderung wirtschaftliche Prozesse nachhaltig anschieben.

Anstelle des Briten-Rabatts und diverser Sonderregelungen für andere Mitgliedstaaten fordern wir einen allgemeinen Korrekturmechanismus, der nicht gerechtfertigten Ungleichgewichten entgegenwirkt, unabhängig davon, welches Land betroffen ist. Das Verschuldungsverbot für die EU muss erhalten bleiben. Zur Umsetzung unseres perspektivischen Ziels einer eigenen Einnahmequelle, vorzugsweise in Form einer europäischen Körperschaftssteuer, bedarf es noch weitergehender Diskussion. Gegenwärtig bietet sich diese Option nach unserer Auffassung noch nicht an.

3.12. Verstärkte Ostseekooperation und die EU-Ostseestrategie

Die politischen Veränderungen Anfang der 90er Jahre ermöglichten eine verstärkte Zusammenarbeit der Ostsee-Anrainer-Staaten, die an die traditionellen ökonomischen Verflechtungen im Baltikum anknüpfen. Das Einzugsgebiet der Ostseeregion umfasst nach der EU-Erweiterung von 2004 nicht weniger als 300 Millionen Menschen. Für Deutschland kommt der positiven ökonomischen und politischen Entwicklung der Ostseeregion eine besondere Bedeutung zu. Die deutschen Exporte in diese Region sind größer als die Warenlieferungen in die USA, Kanada und Australien zusammen. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit wurde bereits im Rahmen eines Koalitionsantrages „Ostseekooperation weiter stärken und Chancen nutzen“ im Jahr 2007 gewürdigt. Die Bundesregierung wurde darin aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zusammenarbeit innerhalb der Region weiter vorangeht und diese als eine der attraktivsten und wettbewerbsfähigsten Regionen weltweit mit einem nachhaltigen Schutz ihrer Ökosysteme positioniert wird.

Im Jahr 2009 rückt die Ostsee erneut in der europäischen Wahrnehmung nach vorne. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft wird in der zweiten Jahreshälfte das Thema prioritär behandeln. Ehe die Europäische Kommission im Juni eine Mitteilung über die Ostseestrategie vorlegte, wurde im Mai der Koalitionsantrag „Ostseestrategie voranbringen und unterstützen“ beschlossen. Der Bundestag fordert die Bundesregierung mit dem Antrag auf, sich im Sinne der EU-Ostseestrategie dafür einzusetzen, dass die regionale Zusammenarbeit berücksichtigt wird und Synergien gefördert werden. Drittstaaten wie Russland und Norwegen sollen in konkrete Projekte einbezogen werden können. Auch



umwelt- und energiepolitische Ziele sollen von der Bundesregierung unterstützt werden. Die Umsetzung des Ostsee-Aktionsplans der Helsinki-Kommission soll vorangebracht werden. Verkehrswege und -anbindungen der Ostsee sind zu optimieren.

3.13. *Energiepolitik*

Europa wird auf den internationalen Märkten für Energie als Wettbewerber gegenüber anderen Nachfragern nur dann stark auftreten können, wenn es in den wesentlichen Fragen der Energiepolitik gemeinschaftlich handelt. Zum ersten Mal schafft der Vertrag von Lissabon im europäischen Primärrecht für die Energie- und Klimapolitik eine EU-Kompetenz und nennt als Ziele die Schaffung eines funktionierenden Energie-Binnenmarktes und die Sicherheit der Energieversorgung sowie Aktionsfelder wie z. B. die Förderung von alternativen Energiequellen.

Wir unterstützen die Entwicklung einer europäischen Strategie zur Energieversorgungssicherheit, die sich als zentrales Element an der Vielfältigkeit von Energieträgern, Versorgungswegen und Herkunftsregionen orientiert. Eine solche Strategie erfordert eine Energieaußenpolitik, die den institutionellen Rahmen schafft, die Infrastruktur und die Planungssicherheit verbessert und auf kooperative Beziehungen zwischen Förder-, Transit- und Verbraucherländern hinarbeitet. Für den Krisenfall sind Mechanismen der solidarischen Reaktion zwischen den europäischen Staaten zu etablieren.

Europa trägt als derzeit zweitgrößter Energieverbraucher der Welt eine große Verantwortung für die Realisierung nachhaltiger Energienutzung und muss seiner Schrittmacher-Rolle für den globalen Klimaschutz weiterhin gerecht werden. Der Klimawandel macht schnelles Handeln notwendig. Das sogenannte „20-20-20“-Ziel des auf EU-Ebene verabschiedeten Energie- und Klimapakets war hierfür von hoher symbolischer Bedeutung. Europa hat damit als erste Region der Welt anspruchsvolle Standards im Klimaschutz gesetzt und wird damit seiner Vorreiterrolle auch bei den Verhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeabkommen in Kopenhagen Ende 2009 gerecht.

3.14. *Europa kommunizieren*

Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 7. Juni 2009 hat einmal mehr verdeutlicht, wie schwierig die Bedeutung Europas und deren Relevanz für den Alltag zu vermitteln ist.



Die AG Europa hat sich neben der inhaltlichen Arbeit auch viel um die Vermittlung Europas innerhalb der Fraktion gekümmert und Materialien zur Unterstützung der übrigen Mitglieder der Fraktion bei der europapolitischen Arbeit erarbeitet.

Wichtig ist und bleibt auch der Kontakt zur europapolitischen Zivilgesellschaft. Die regelmäßige Veranstaltungsreihe „Parlamentarisches Forum Europäische Zukunft“, die von den Jungen Europäischen Föderalisten veranstaltet wird, bietet eine wichtige Plattform für den Austausch außerhalb des üblichen Rahmens. Die Mitglieder der AG nehmen sowohl in Berlin als auch in ihren Wahlkreisen regelmäßig solche Termine wahr, bei denen es um die direkte Vermittlung der europapolitischen Arbeit geht.

3.15. Erweiterung

Sozialdemokratische Politik ist seit jeher geprägt von dem wohlverstandenen doppelten Interesse der Stärkung von wirtschaftlichen Chancen und politischer Stabilität in Deutschland und in Europa. Die Integration europäischer Staaten in die EU ist dafür ein richtiges und wichtiges Instrument. Klar ist aber auch, dass die Erweiterungspolitik kein Selbstzweck sein darf. Die Handlungsfähigkeit der Union darf dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Die Arbeitsgruppe Europa hat die zahlreichen Entwicklungen des Erweiterungsprozesses während der gesamten Wahlperiode konstruktiv durch zahlreiche Gespräche in der Arbeitsgruppe und im EU-Ausschuss sowie durch Dienstreisen vor Ort begleitet.

Mittel- und Osteuropa

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum 1. Januar 2007 wurde der Erweiterungsprozess um die zehn mittel- und osteuropäischen Staaten erfolgreich abgeschlossen. Als SPD-Fraktion haben wir – gemeinsam mit dem Koalitionspartner – die Transformationsleistung der beiden Länder gewürdigt und deren Beitritt befürwortet. Die EU-Kommission hat in ihrem im Juni 2007 vorgelegten Fortschrittsbericht auf die nach wie vor bestehenden Defizite in der Anpassung an die EU-Standards in den Bereichen Justiz, Korruptionsbekämpfung und Landwirtschaft hingewiesen. Wir haben die von beiden Ländern bis zum Juni 2007 erzielten Fortschritte begrüßt, zugleich aber darauf hingewiesen, dass die Bemühungen der Regierungen in Sofia und Bukarest fortgeführt werden müssen, damit kein Anlass besteht, die im Beitrittsvertrag erwähnten Schutzklauseln anzuwenden. Jedoch sah sich die Europäische Kommission im Jahr 2008 gezwungen, für Bulgarien einen Teil der Fördermittel zu sperren, da Gelder veruntreut wurden. Zu dem Thema haben wir in unsere Arbeitsgruppensitzung die Stv. Ministerpräsidentin Frau Meglena Plugtschiewa eingeladen,



die nach den Entwicklungen in Bulgarien letztes Jahr als Vizepremierministerin mit Zuständigkeit für die Koordinierung und Kontrolle bei der Verwendung der EU-Gelder ernannt wurde. Aufgrund weiterer Fortschritte könnten die eingefrorenen EU-Mittel in Kürze wieder freigegeben werden.

Die Verhandlungen mit Kroatien und der Türkei

Generell gilt: jeder Kandidat wird nach seinen individuellen Erfolgen bei der Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen beurteilt. Es gibt keinen Automatismus zum Beitritt; bei den Verhandlungen handelt es sich um einen politischen Prozess mit offenem Ende.

Laut der Europäischen Kommission müsste es möglich sein, dass Kroatien angesichts der bisherigen Reformfolge die Endphase der Beitrittsverhandlungen noch Ende 2009 erreicht. Reformen sind aktuell aber noch in den Bereichen Justiz und Verwaltung, Bekämpfung von Korruption und Kriminalität sowie bei den Menschenrechten notwendig. Die Europäische Kommission ist optimistisch, dass hier die notwendigen Fortschritte in naher Zukunft erreicht werden. Allerdings behindert im Moment ein Grenzstreit zwischen Slowenien und Kroatien das Vorankommen des Beitrittsprozesses.

Das Reformtempo der Türkei ist laut der Europäischen Kommission leider zu langsam. Das Land bräuchte ein kohärentes und umfassendes politisches Reformprogramm, gerade beim Verfassungs- und Justizwesen. Problemfelder sind hierbei die Sicherung von Meinungsfreiheit und von Frauen-, Minderheiten- und Mitbestimmungsrechten sowie der demokratischen Kontrolle über das Militär. Auch die großen Probleme im Südosten des Landes, in dem überwiegend Kurden leben, und im Umgang mit Zypern sind noch ungelöst. So ist die Türkei ihren Verpflichtungen gemäß dem Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara nach wie vor nicht nachgekommen.

Zypern-Frage

Der Türkei-Beitritt ist ohne eine Lösung des Zypern-Problems – d.h. einer Wiedervereinigung der beiden Inselteile – langfristig nicht denkbar. Wir haben deshalb auch unterstützt, dass der Europäische Rat vom Dezember 2006 sich nicht für einen Abbruch der Verhandlungen mit der Türkei ausgesprochen hat und die Verhandlungen fortgeführt werden.

Zur Lösung der Zypern-Frage wurde durch einen interfraktionellen Antrag „Fortschritte für Zypern – Eine Aufgabe für die EU-Ratspräsidentschaft“ ein Beitrag geleistet. Die Koalitionsfraktionen sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben im Deutschen Bundestag unsere Regierung aufgefordert, sich im Rahmen der Ratspräsidentschaft für die Wiederherstellung der vollen staatlichen Einheit und Souveränität der Republik Zypern



einzusetzen. Wir denken, dass nur mit einem verstärkten Engagement der EU Fortschritte auf Zypern möglich sind und haben uns auch über das Ende des deutschen Vorsitzes hinaus hierfür stark gemacht.

Beitrittsperspektive für Westbalkan

Die SPD-Fraktion steht auch uneingeschränkt zur Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans. Auch sie sollen von der europäischen Erfolgsgeschichte profitieren dürfen. Die auf EU-Gipfeln offiziell gegebenen Zusagen hierfür müssen weiterhin eingehalten werden. Nur mit diesen Ländern als Mitglieder der Europäischen Union wird Frieden und Stabilität in Europa dauerhaft möglich sein.

Nach den Balkankriegen gilt es, in Südosteuropa Frieden und Stabilität zu sichern. Eine konkrete EU-Perspektive hilft den Staaten dieser Region, notwendige Schritte nachhaltig zu tun und strittige Fragen friedlich zu lösen. Dies ist ein langwieriger Prozess. Die EU unterstützt sie dabei, um auf längere Sicht für möglichst viele südosteuropäische Staaten die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft zu erfüllen. Diese Heranführung erfordert einerseits einen systematischen Ansatz für die Region, andererseits hat jeder dieser Staaten eigene Bedürfnisse, die einer gesonderten Verhandlung bedürfen. Hier leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag. So wurde auf Initiative der rot-grünen Bundesregierung 1999 der Stabilitätspakt für Südosteuropa geschaffen. Mit diesem Pakt wird gezielt die Zusammenarbeit zwischen diesen Staaten, der EU und den EU-Mitgliedern in konkreten Projekten gefördert. Diese bewährten Strukturen sind mittlerweile in den Südosteuropäischen Kooperationsprozess (SEECF) übergegangen und werden in eigener Verantwortung in Zusammenarbeit mit der EU vorangebracht.

Gerade in Südosteuropa sind die Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) ein wichtiges Instrument. Sie ermöglichen dort die Einrichtung von Freihandelszonen zwischen der EU und diesen Ländern und eine schrittweise Übernahme des gemeinsamen Besitzstandes in dem Maße, in dem die dortigen Staaten dazu bereit sind. Zur Finanzierung von Projekten in diesem Rahmen gibt es seit dem 1. Januar 2007 das Instrument für Heranführungshilfe speziell auch für diese Staaten. SAA existieren bereits mit Mazedonien (seit 2005), Albanien (seit 2006), Montenegro (seit 2007) sowie Bosnien-Herzegowina und Serbien (seit 2008). Teilweise befinden sich die SAA jedoch noch in der Ratifizierungsphase. Diese wird im Falle von Serbien erst dann eingeleitet, wenn es seiner Verpflichtung zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien nachkommt. Aktuell wurden Fortschritte bei der Zusammenarbeit bescheinigt. Nach Abschluss und Umsetzung der SAA mündet das weitere Verfahren auch



dort im günstigsten Fall – immer unter der Voraussetzung einer stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Bedingungen im Sinne der Beitrittskriterien in diesen Staaten – in die Gewährung des Kandidatenstatus. Hier war Mazedonien bereits im Dezember 2005 erfolgreich. Montenegro und Albanien haben 2008 einen Beitrittsantrag bei der EU gestellt.

Beitrittskandidat Mazedonien

Obwohl die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien seit 2005 den Kandidatenstatus erhalten hat, konnten die Verhandlungen selbst noch nicht begonnen werden. In ihrem letzten Bericht hat die Europäische Kommission Mazedonien einige gute Fortschritte bescheinigt, aber auch die Erfüllung von politischen Beitrittskriterien (wie z. B. die Gewährleistung freier und gerechter Wahlen) angemahnt. Auch Verbesserungen im Kampf gegen die Korruption und bei den Bedingungen für Unternehmen sind noch notwendig. Darüber hinaus behindert der Streit um den Namen „Mazedonien“ mit Griechenland die Eröffnung der Verhandlungen.

Entwicklung im Kosovo

Kosovo hat am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit erklärt. Am 21. Februar 2008 erkannte Deutschland das Land an, viele, aber nicht alle Länder der EU ebenfalls. Auch Kosovo besitzt eine europäische Beitrittsperspektive und ist ein potenzieller Beitrittskandidat. Da jedoch nicht alle EU-Länder Kosovo anerkannt haben, wird zunächst durch die Europäische Kommission eine Durchführbarkeitsstudie für die Beitrittsperspektive vorgelegt werden müssen, ehe man mit dem Land in Verhandlungen über das SAA kommen kann.

3.16. *Östliche Partnerschaft*

Im Bereich der Nachbarschaftspolitik ist als jüngste Entwicklung die östliche Partnerschaft zu erwähnen. Diese Idee wurde erstmals im Frühjahr 2008 von Polen und Schweden vorgestellt. Damit griffen die beiden Länder den von Deutschland entwickelten Ansatz, Beziehungen zu bestimmten Ländern zu intensivieren, auf, ohne dass sich hieraus eine konkrete EU-Beitrittsperspektive ableiten lässt. Von den EU-Außenministern wurde dann die Europäische Kommission aufgefordert, eine entsprechende Agenda vorzubereiten. Im Mai 2009 wurde noch unter tschechischem EU-Vorsitz die Östliche Partnerschaft gegründet und in diesem Juni durch den Europäischen Rat offiziell beschlossen.

Die Östliche Partnerschaft ist ein Teilinstrument der ENP und bezieht sich ausschließlich auf die Staaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und die Ukraine. Die Europäische Union unterstützt die einzelnen Staaten bei deren Annäherung an die EU. Ziel



ist die nachhaltige Unterstützung der Transformation (u.a. Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsreformen) in diesen Ländern. Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den jeweiligen Staaten soll nicht nur auf einer bilateralen, sondern in Zukunft vor allem auf einer multilateralen Ebene erfolgen. Innerhalb dieses Rahmens sollen konkrete Projekte u.a. in den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft, Sicherheit und grenzüberschreitende Zusammenarbeit umgesetzt werden. Aktuell wird darüber entschieden, in welche der startenden Projekte Drittstaaten (z. B. Russland, Norwegen) einbezogen werden.

3.17. *Menschenrechte*

Im Mittelpunkt stand die Einrichtung der EU-Grundrechteagentur in Wien. Im Europaausschuss wurde hierzu zeitweise sehr kontrovers im Hinblick auf Kostenargumente und Notwendigkeit diskutiert, so dass das Thema mehrfach auf der Agenda stand.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Aufgrund einer unüberschaubaren Klageflut, vor allem aus Russland, versinkt dieser in Arbeit. In einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen ging es darum, den Gerichtshof zukunftsfähig zu gestalten, damit die Arbeitsfähigkeit, die Überwachung und die Befolgung der Urteile gesichert werden können. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Reformbemühungen weiter voranzubringen. Der Antrag verweist ausdrücklich auf die parlamentarische Mitwirkung an der Verbesserung des Gerichtshofes. So soll einmal jährlich in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages über den Stand der Befolgung der Urteile gegen Deutschland berichtet werden.

Das individuelle Klagerecht jedes Einzelnen muss erhalten bleiben, um letztlich einen bürgernahen Menschenrechtsschutz zu gewährleisten. Ein zügiger Abbau bzw. eine Verringerung des Staus der anhängigen Klagen ist aber letztlich nur durch eine Verbesserung der personellen und finanziellen Lage des Gerichtshofes möglich.

3.18. *Jugend und Bildung*

Die Annahme des neuen Programms „Jugend in Aktion“ sowie des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ wurden ebenfalls begleitet. Darin enthalten sind Förderprogramme wie Comenius, Erasmus und Leonardo da Vinci.



3.19. Institutionelle Fragen

Neben der Begleitung der Vertragsrevision fallen auch alle Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit und Struktur der EU-Institutionen in die Zuständigkeit der Arbeitsgruppe Europa. Zwei Themen fanden dabei in der 16. Legislaturperiode besondere Beachtung: die Agenturen der EU und die Übersetzungsarbeit der Kommission.

Agenturen der EU

Ausgehend von der Diskussion über die Grundrechteagentur Ende 2007 kam es im Frühjahr 2008 zu einer allgemeineren Diskussion über die Struktur und Funktion von Regulierungsagenturen der EU. Ausgangspunkt hierfür war die Mitteilung der Kommission zu diesem Thema vom März 2008. Die AG Europa formulierte hierzu gemeinsam mit dem Koalitionspartner und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine ausgewogene Position. In dem entsprechenden Antrag, der am 30. Juni 2008 im Plenum beschlossen wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine systematische Lösung nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien einzusetzen. Hierzu wurde eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe eingesetzt, die zu einem interinstitutionellen Abkommen über gemeinsame Regeln für alle Regulierungsagenturen führen soll. Es liegen allerdings bislang noch keine konkreten Ergebnisse vor.

Sprachenpolitik in der EU / Das Übersetzungsregime der EU-Kommission

Die im Rahmen der BBV erreichten Verbesserungen bei den Mitwirkungsrechten des Bundestages werden immer wieder durch fehlende Übersetzungen von EU-Dokumenten konterkariert. Die EU-Kommission, die ihrerseits erklärte, den Dialog mit den nationalen Parlamenten stärken zu wollen, ist zugleich bemüht, die Übersetzungskosten zu beschränken. Immer häufiger wurden deshalb in den vergangenen vier Jahren wesentliche Teile der Begründung von Legislativvorschlägen nur noch in sogenannten „Technischen Anhängen“ veröffentlicht, deren Übersetzung nach den kommissionsinternen Regeln nicht notwendig ist.

Diese Entwicklung wurde von SPD, CDU/CSU und FDP und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag bemängelt. Zugleich wurde die Bundesregierung dazu aufgefordert, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Verbesserung der Übersetzungspraxis hinzuwirken.



Das Anliegen dieses Antrages wurde unter anderem durch einen Delegationsbesuch bei dem zuständigen Kommissar Leonhard Orban unterstützt, der auch seinerseits an einer Sitzung des EU-Ausschusses teilnahm. Trotz seiner Ankündigung einer neuen Übersetzungsstrategie und mehrfacher Nachfragen, sowohl durch den Deutschen Bundestag als auch durch die Ständige Vertretung in Brüssel, gibt es bis heute kein Anzeichen einer Verbesserung der Übersetzungsleistungen. (Stand 10/09)



4. Anträge und Stellungnahmen in der Federführung der AG Europa

4.1 Anträge

- „Ostseestrategie voranbringen und unterstützen“ – Drs. 16/13171, 27.05.2009
- „Vereinbarung über Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union ist einzigartig in Europa – Auslegungsfragen müssen geklärt, noch bestehende Defizite beseitigt werden“ – Drs. 16/13169 – 27.05.2009
- „EU-Übersetzungsstrategie überarbeiten – Nationalen Parlamenten die umfassende Mitwirkung in EU-Angelegenheiten ermöglichen“ – Drs. 16/9596, 18.06.2008
- „Die deutsche Präsidentschaft der Europäischen Union zum Erfolg führen“, Drs. 16/3808, 28.02.2007
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 16/150 Nr. 2.65 –
Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Einrichtung einer Agentur der Europäischen Union für die Grundrechte. Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Agentur der Europäischen Union für die Grundrechte, ihre Tätigkeiten in den Bereichen nach Titel VI des Vertrags über die Europäische Union auszuüben KOM (2005) 280 endg.; Ratsdok. 10774/05

4.2 Positionspapiere – Eckpunkte – Stellungnahmen

- Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion zur Zukunft der europäischen Innen- und Justizpolitik („Stockholmer Programm“), 26.08.2009
- Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion Europa 2020 „Strategie für Wohlstand und Vollbeschäftigung in Europa“, 16.06.2009
- Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa. 11.03.2009
- Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion zum Grünbuch der Europäischen Kommission „Migration und Mobilität: Chancen und Herausforderungen für die EU-Bildungssysteme (KOM(2008)423 endg.)“, 16.12.2008
- Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Überprüfung des EU-Haushalts, 08.04.2008



4. Übersicht Plenardebatten zu EU-Themen

16. WP: Europapolitische Debatten im Deutschen Bundestag sowie Rednerinnen und Redner der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union

08.09.2009	<p>2./3. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes über die „Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“</p> <p>2./3. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes zur „Umsetzung der Grundgesetzänderung für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon“</p> <p>2./3. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“</p> <p>2./3. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union“</p> <p>2./3. Lesung LINKE-Entwurf eines Gesetzes zur „Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)“</p> <p><i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Roth</i></p>
26.08.2009	<p>1. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes über die „Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“</p> <p>1. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes zur „Umsetzung der Grundgesetzänderung für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon“</p> <p>1. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“</p> <p>1. Lesung CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die „Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union“</p> <p>1. Lesung LINKE-Entwurf eines Gesetzes zur „Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)“</p> <p><i>Redner: Axel Schäfer</i></p>
02.07.2009	<p>Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin „zum G 8 – Gipfel der 7 führenden Industrienationen und Russlands vom 8. bis 10. Juli 2009 in L’Aquila/Italien“ (Regierungserklärung)</p> <p><i>Redner: Hans Eichel</i></p>
01.07.2009	<p>Vereinbarte Debatte „Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon“</p> <p><i>Redner: Michael Roth, Axel Schäfer</i></p>
18.06.2009	<p>Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesaußenminister „zum Europäischen Rat am 18. und 19. Juni 2009 in Brüssel“ (Regierungserklärung)</p> <p><i>Redner: Kurt Bodewig, Michael Roth, Gert Weisskirchen</i></p>
29.05.2009	<p>Beratung zu „Ostseestrategie voranbringen und unterstützen“ (Antrag)</p> <p>Unterrichtung durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Ostsee-Parlamentarierkonferenz „17. Jahrestag der Ostsee-Parlamentarierkonferenz vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden“</p> <p><i>Redner: Kurt Bodewig</i></p>



28.05.2009	Beratung zu „Vereinbarung über Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union (BBV) ist einzigartig in Europa – Auslegungsfragen müssen geklärt, noch bestehende Defizite beseitigt werden“ (Antrag) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zum Antrag Grüne „Zwei Jahre Europa-Vereinbarung – Bundesregierung muss ihre Verpflichtungen unverzüglich vollständig erfüllen“ <i>Rednerin: Dr. Eva Högl</i>
23.04.2009	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „Gewerkschaften in der Türkei stärken“ (Beschlussempfehlung) <i>Rednerin: Dr. Lale Akgün</i>
23.04.2009	Vereinbarte Debatte „Jährliche Strategieplanung der EU-Kommission für 2010“ <i>Rednerin: Dr. Eva Högl</i>
23.04.2009	Beratung zu „Europäisches Parlament stärken – Sitzfrage durch Europaparlamentarier entscheiden lassen“ (Antrag) <i>Redner: Michael Roth, Axel Schäfer</i>
26.03.2009	Beratung zu „In der Maritimen Wirtschaft Kurs halten“ (Antrag) <i>Redner/-in: Dr. Margrit Wetzel, Clemens Bollen</i>
06.03.2009	Beratung zu „Sicherheit, Stabilität und Demokratie im Südkaukasus fördern“ (Antrag) Beratung zu „Demokratie und Sicherheit im Südkaukasus stärken“ (Antrag) <i>Redner: Steffen Reiche</i>
05.03.2009	Beratung zu „Zwei Jahre Europa-Vereinbarung – Bundesregierung muss ihre Verpflichtungen endlich vollständig erfüllen“ (Antrag) <i>Redner: Michael Roth</i>
29.01.2009	Beratung zu „Zehn Jahre anerkannte Regional- und Minderheitensprachen in Deutschland – Schutz – Förderung – Perspektiven“ (Antrag) <i>Redner: Clemens Bollen</i>
29.01.2009	Beratung zu „Europäische Arbeitszeitrichtlinie – Hohen Arbeitnehmerschutz EU-weit sicherstellen“ (Antrag) <i>Redner: Josip Juratovic</i>
19.12.2008	Beratung zu „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage ...“ (Antrag) Beratung zu: „Entschließungsantrag zum Antrag betr. Beteiligung bewaffneter ...“ (Entschließungsantrag) Beratung zu: „Entschließungsantrag zum Antrag betr. Beteiligung bewaffneter...“ (Entschließungsantrag) <i>Redner: Kurt Bodewig</i>



18.12.2008	Beratung zu „Das Ratifizierungsverfahren zum Vertrag von Lissabon aussetzen – Ein Sozialprotokoll vereinbaren“ (Antrag) Beratung zu: „Entschließungsantrag zur Erklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates am 11./12. Dezember 2008“ (Entschließungsantrag BT) Regierungserklärung und Aussprache zu: „Erklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rats am 11./12. Dezember 2008“ (Regierungserklärung) <i>Redner: Michael Roth</i>
04.12.2008	Beratung zu „Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 11./12. Dezember 2008“ (Regierungserklärung) <i>Redner: Axel Schäfer</i>
26.11.2008	2. Beratung zu: „Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009“ (Haushaltsgesetz 2009) Epl 05 – Auswärtiges Amt <i>Redner: Kurt Bodewig</i>
12.11.2008	Beratung zu „Mehr Demokratie und Öffentlichkeit für Europa – Regelmäßige Europa-Fragestunden im Plenum des Deutschen Bundestages“ (Antrag) Aussprache zu „Legislativ- und Arbeitsprogramm der EU-Kommission“ (Vereinbarte Debatte) <i>Redner: Michael Roth, Axel Schäfer</i>
16.10.2008	Beratung zu „EU-Übersetzungsstrategie überarbeiten – Nationalen Parlamenten die umfassende Mitwirkung in EU-Angelegenheiten ermöglichen“ (Antrag) <i>Redner: Michael Roth</i>
25.09.2008	1. Beratung zu „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz)“ 1. Beratung zu „Gesetz zur arbeitsmarktadäquaten Steuerung der Zuwanderung Hochqualifizierter und zur Änderung weiterer aufenthaltsrechtlicher Regelungen (Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz)“ Beratung zu „Abschottungspolitik beenden – Volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2009 herstellen“ (Antrag) Beratung zu „EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit sofort und unbeschränkt in der Bundesrepublik Deutschland gewähren“ (Antrag) <i>Redner: Josip Juratovic</i>
27.06.2008	Beratung zu: „Gerichtliche und parlamentarische Kontrolle von EU-Agenturen“ (Interfraktioneller Antrag) Beratung zu: „Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an das Europäische Parlament und den Rat: Europäische Agenturen – Mögliche Perspektiven KOM (2008) 135 endg.; Ratsdok. 7972/08“ <i>Redner: Michael Roth</i>



19.06.2008	Beratung zu: „EU-Übersetzungsstrategie überarbeiten – Nationalen Parlamenten die umfassende Mitwirkung in EU-Angelegenheiten ermöglichen“ (Antrag Koalition, FDP, Grüne) <i>Redner: Michael Roth</i>
19.06.2008	Beratung zu: „Entschließungsantrag zu der Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 19./20. Juni 2008“ (Grüne) Beratung zu: „Entschließungsantrag zu der Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 19./20. Juni 2008“ (Linke) Beratung zu: „Entschließungsantrag zu der Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 19./20. Juni 2008“ (FDP) Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin und Aussprache zu: „Erklärung zum Europäischen Rat am 19./20. Juni 2008 in Brüssel“ <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Axel Schäfer, Michael Roth</i>
29.05.2008	Beratung zu: „Zweite Plenartagung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung am 26. und 27. März 2006 in Brüssel“ Beratung zu: „Dritte Plenartagung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung vom 16. bis 18. März 2007 in Tunis“ Beratung zu „Vierte Plenartagung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung am 26. Und 27. März 2008 in Vouliagmeni (Athen)“ <i>Redner: Axel Schäfer (ZP)</i>
09.05.2008	Beratung zu: „Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments gänzlich in Brüssel und Tagungen des Europäischen Rates in Straßburg abhalten“ (Antrag Grüne) <i>Redner: Steffen Reiche</i>
24.04.2008	Beratung zu: „Intransparenz beenden – Eine lesbare Fassung des Reformvertrages schaffen“ (Antrag Koalition) Beratung zu: „Entschließungsantrag zum Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ (FDP) Beratung zu: „Entschließungsantrag zum Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ (Linke) Beratung zu: „Entschließungsantrag zum Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ (Grüne) Beratung zu: „Ein Sozialprotokoll vereinbaren“ (Antrag Linke) 2. Beratung zu: „...Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes“ 2. Beratung zu: „Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“ 2. Beratung und Schlussabstimmung zu: „Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Axel Schäfer, Michael Roth</i>
11.04.2008	Aussprache zu: Strategieplanung der EU-Kommission für 2009 (Vereinbarte Debatte) <i>Redner: Steffen Reiche</i>



10.04.2008	2. Beratung und Schlussabstimmung „Gesetz zu dem Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften“ <i>Redner: Axel Schäfer</i>
13.03.2008	1. Beratung zu: „Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007“ 1. Beratung zu: „Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“ 1. Beratung zu: „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)“ Beratung zu: „Intransparenz beenden – Eine lesbare Fassung des Reformvertrages schaffen!“ (Antrag Koalition, FDP, Grüne) <i>Redner: Axel Schäfer, Michael Roth</i>
15.02.2008	Antrag Grüne „Für ein Gesamtkonzept zur Einrichtung von EU-Agenturen“ und Antrag der FDP „Gerichtliche und parlamentarische Kontrolle von EU-Agenturen“ <i>Redner: Axel Schäfer (ZP)</i>
14.02.2008	1. Beratung zu: „Gesetz zu dem Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften“ <i>Redner: Hans Eichel (ZP)</i>
23.01.2008	Aktuelle Stunde zu: Energie- und Klimapaket der EU-Kommission <i>Redner: Steffen Reiche</i>
13.12.2007	Antrag Grüne „Defizite bei der Umsetzung der Europa-Vereinbarung abstellen“ <i>Redner: Axel Schäfer</i>
13.12.2007	1. Lesung LINKE-Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 23) zur Einführung von Volksentscheiden über die vertraglichen Grundlagen der EU“ <i>Redner: Axel Schäfer</i>
12.12.2007	Regierungserklärung „Unterzeichnung des EU-Reformvertrages in Lissabon und zum Europäischen Rat in Brüssel am 13. und 14. Dezember 2007“ durch BK Merkel und Antrag FDP und Grüne „Gegen die Einsetzung eines ‚Rates der Weisen‘ zur Zukunft der EU“ <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Roth, Gert Weisskirchen</i>
28.11.2007	2./3. Lesung Haushaltsgesetz 2008 Generaldebatte Bundeskanzleramt, Epl. 04 <i>Rednerin: Dr. Angelica Schwall-Düren</i>
15.11.2007	Arbeits- und Legislativprogramm der Europäischen Kommission für 2008 <i>Redner: Michael Roth, Markus Meckel</i>



08.11.2007	Debatte zur Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union <i>Redner: Axel Schäfer</i>
11.10.2007	Berichterstattung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union: 1. zum Antrag CDU/CSU und SPD „Regierungskonferenz zur Änderung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union und Unterrichtung der Bundesregierung entsprechend Ziffer VI der Vereinbarung zwischen Deutschem Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“ 2. zum Antrag FDP „EU-Regierungskonferenz schnell zum Erfolg führen“ 3. zum Antrag GRÜNE „EU-Regierungskonferenz – Für eine handlungsfähige und demokratische EU“ <i>Redner: Michael Roth, Kurt Bodewig</i>
20.09.2007	Antrag CDU/CSU und SPD „Regierungskonferenz zur Änderung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union und Unterrichtung der Bundesregierung entsprechend Ziffer VI der Vereinbarung zwischen Deutschem Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“ <i>Redner: Axel Schäfer</i>
12.09.2007	1. Beratung Bundeshaushaltsplan 2008 <i>Redner: Axel Schäfer</i>
04.07.2007	Debatte zur vorgesehenen Änderung der vertraglichen Grundlagen der EU <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Roth</i>
14.06.2007	Debatte zur Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrages <i>Redner: Axel Schäfer, Michael Roth</i>
24.05.2007	Debatte zu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zum Antrag CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNE „Fortschritte für Zypern – eine Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft“ <i>Redner: Rainer Fornahl, Michael Roth</i>
11.05.2007	Debatte Europäische Transparenzinitiative und Berichte der Ausschüsse für die Angelegenheiten der Europäischen Union und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Agrarbeihilfeempfänger offenlegen) <i>Redner/-in: Michael Roth, Waltraud Wolff</i>
26.04.2007	Aktuelle Stunde GRÜNE: „Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in Russland in Gefahr“ <i>Redner: Axel Schäfer</i>
26.04.2007	Vereinbarte Debatte: „Strategieplanung der EU-Kommission 2008“ <i>Redner: Michael Roth</i>
22.03.2007	Vereinbarte Debatte „50. Jahrestag der Römischen Verträge“ (50. Geburtstag der EU) <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Roth</i>
01.03.2007	Antrag LINKE „Bürokratieabbau in Europa – kein Freibrief zum Abbau von Arbeits- und Umweltschutz“ <i>Redner: Axel Schäfer</i>
01.03.2007	Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 08./09. März 2007 (Frühjahrgipfel) <i>Redner: Kurt Bodewig, Steffen Reiche</i>



02.02.2007	Antrag LINKE „Für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Verfassung der Europäischen Union“ <i>Redner: Michael Roth</i>
01.02.2007	Anträge und Debatte zur Einrichtung einer Europäischen Grundrechteagentur <i>Redner: Axel Schäfer</i>
14.12.2006	Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat in Brüssel am 14./15. Dezember 2006 sowie Antrag der Koalitionsfraktionen dazu und Unterrichtung durch die Bundesregierung <i>Redner/-in: Axel Schäfer, Dr. Lale Akgün, Hans Eichel</i>
01.12.2006	Anträge GRÜNE und FDP zur Deutschen Ratspräsidentschaft <i>Redner: Steffen Reiche</i>
30.11.2006	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“ <i>Redner: Dr. Martin Schwanholz</i>
30.11.2006	Befragung der Bundesregierung: Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Roth</i>
22.11.2006	2. und 3. Beratung Bundeshaushaltsplan 2007 Einzelplan 04 – Bundeskanzleramt <i>Rednerin: Dr. Angelica Schwall-Düren</i>
26.10.2006	2. Beratung und Schlussabstimmung: Ratifizierungsgesetz Beitritt Rumänien und Bulgarien sowie Gesetz zur Anpassung von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem Beitritt <i>Redner: Axel Schäfer, Markus Meckel</i>
19.10.2006	1. Beratung Ratifizierungsgesetz Beitritt Rumänien und Bulgarien und 1. Beratung Gesetz zur Anpassung von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem Beitritt und Koalitionsantrag „EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Erfolg führen“ <i>Rednerin: Dr. Lale Akgün</i>
28.09.2006	Debatte „Ausweitung und Stärkung des Kündigungsschutzes“ Federführung: AG Arbeit und Soziales <i>Redner: Josip Juratovic</i>
22.09.2006	Interfraktioneller Antrag „Annahme einer Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union“ <i>Redner: Axel Schäfer, Michael Roth</i>
21.09.2006	Koalitionsantrag „Das Nationale Reformprogramm Deutschland und die Lissabon-Strategie weiterführen – Wirtschaftswachstum und Beschäftigungspolitik zum Erfolg führen und Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationales Reformprogramm 2005-2008/Umsetzungs- und Fortschrittsbericht 2006“ (Federführung: AG Wirtschaft) <i>Redner: Kurt Bodewig</i>



21.09.2006	FDP-Antrag: „Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen“ <i>Redner: Michael Roth</i>
06.09.2006	1. Beratung Bundeshaushaltsplan 2007 Einzelplan 05 – Auswärtiges Amt (Federführung: AG Außenpolitik) <i>Redner: Josip Juratovic, Hans Eichel</i>
21.06.2006	2. und 3. Beratung Bundeshaushaltsplan 2006 und Beratung Beschlussempfehlung Haushaltsausschuss zur Unterrichtung durch die Bundesregierung: „Finanzplan des Bundes 2005-2008“ Einzelplan 05 – Auswärtiges Amt (Federführung AG Außenpolitik) <i>Redner: Axel Schäfer</i>
01.06.2006	Vereinbarte Debatte zu den Fortschrittsberichten der Kommission zu Bulgarien und Rumänien sowie zu aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene <i>Rednerin: Dr. Lale Akgün</i>
11.05.2006	Regierungserklärung zu Europa durch die Bundeskanzlerin <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Michael Roth</i>
17.03.2006	Regierungserklärung zum Europäischen Rat 23./24. März 2006 in Brüssel <i>Redner/-in: Kurt Bodewig, Gert Weisskirchen, Doris Barnett</i>
10.03.2006	1. Beratung des von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes“ und 1. Beratung des von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurfs eines „Föderalismusreform- Begleitgesetzes“ (Federführung: AG Rechtspolitik) <i>Redner: Axel Schäfer</i>
09.02.2006	1. Lesung Koalitionsentwurf eines Europäischen Haftbefehlgesetzes (Federführung: AG Rechtspolitik) <i>Redner: Axel Schäfer</i>
26.01.2006	Antrag GRÜNE „Die Dienstleistungsrichtlinie verbessern – das europäische Sozialmodell bewahren“ und Antrag LINKE „EU-Dienstleistungsrichtlinie ablehnen“ (Federführung: AG Wirtschaft) <i>Redner: Kurt Bodewig</i>
26.01.2006	Aktuelle Stunde GRÜNE „Warnungen vor einer Militarisierung der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm“ (Federführung: AG Außenpolitik) <i>Redner: Steffen Reiche</i>
16.12.2005	Aktuelle Stunde „Haltung der Bundesregierung zur europäischen Chemikalienpolitik (REACH)“ (Federführung: AG Umwelt) <i>Rednerin: Dr. Angelica Schwall-Düren</i>
15.12.2005	Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 15./16.12.2005 <i>Redner/-in: Dr. Angelica Schwall-Düren, Axel Schäfer, Markus Meckel</i>



6. Sitzungen der Arbeitsgruppe und Gäste

20.08.2009	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Sondersitzung AG EU zu den Änderungen der Begleitgesetze zum Vertrag von Lissabon in Folge des Urteils von Karlsruhe (Es folgten Sondersitzungen in diesem Zusammenhang am 26.08.2009, 02.09.2009 und 08.09.2009)
30.06.2009	<i>I. E. Ruth Evelyn Jaboby</i> Außerordentliche und bevollmächtigte Botschafterin des Königreichs Schweden
16.06.2009	<i>Josef Janning</i> Bertelsmann-Stiftung Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
26.05.2009	Keine reguläre Sitzung der Arbeitsgruppe Die Klausurtagung der Arbeitsgruppe Europäische Union fand am 24. und 25.05.2009 in Luxemburg statt.
12.05.2009	<i>Peter Sieber</i> Deutscher Reederverband
05.05.2009	<i>Ulla Schmidt</i> MdB Bundesministerin für Gesundheit <i>Dr. Roland Bank</i> UNHCR-Vertretung für Deutschland und Österreich
21.04.2009	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
24.03.2009	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
17.03.2009	<i>Dr. Dušan Reljić</i> Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
27.01.2009	<i>Dr. Barbara Lippert</i> Stellvertretende Direktorin des Instituts für Europäische Politik (IEP), Berlin
20.01.2009	<i>Oliver Geden</i> Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin <i>S. E. Dr. Rudolf Jindrák</i> Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Tschechischen Republik



16.12.2008	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
02.12.2008	<i>Dr. Matthias Kollatz-Ahnen</i> Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank <i>Dr. Ruth Weinzierl</i> Deutsches Institut für Menschenrechte
11.11.2008	<i>Prof. Dr. Sebastian Dullien</i> Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
14.10.2008	<i>Brigitte Zypries</i> MdB Bundesministerin der Justiz
23.09.2008	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
24.06.2008	Staatssekretär <i>Matthias Machnig</i> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt <i>Bernd Hüttemann</i> Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland
17.06.2008	S. E. Botschafter <i>David Donoghue</i> Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Republik Irland Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
27.05.2008	<i>Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Kirschke</i> Landwirtschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin sowie gemeinsame Sitzung mit der Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Fraktion
06.05.2008	<i>Dr. Daniela Schwarzer</i> , Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin



22.04.2008	<p>Staatssekretär <i>Lutz Diwell</i> Bundesministerium der Justiz</p> <p>Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt</p>
04.03.2008	<p>Staatsminister <i>Bernd Neumann</i> MdB Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien</p> <p><i>Jo Leinen</i> MdEP Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen</p>
12.02.2008	<p><i>Steffen Osterloh</i> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)</p> <p><i>Klaus Beck</i> DGB-Bundesvorstand, Bereich Europa</p>
22.01.2008	<p>Staatsekretär <i>Kajo Wasserhövel</i> Bundesministerium für Arbeit und Soziales</p> <p><i>Dr. Thomas Steg</i> Stellvertretender Sprecher der Bundesregierung und stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung</p> <p>Staatssekretär <i>Peter Altmaier</i> MdB Bundesministerium des Inneren</p>
11.12.2007	<p>Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt</p> <p>sowie gemeinsame Sitzung mit den Arbeitsgruppen Außenpolitik, Sicherheitsfragen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zum Thema: „Zukunft des Kosovo“</p> <p>Staatsminister <i>Gernot Erler</i> MdB Auswärtiges Amt</p>
13.11.2007	<p>Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt</p> <p><i>Dr. Isabelle Werenfels</i> Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin</p>
06.11.2007	<p><i>Dušan Reljić</i> Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin</p>
23.10.2007	<p>Staatssekretär <i>Kajo Wasserhövel</i> Bundesministerium für Arbeit und Soziales</p> <p>Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt</p>



09.10.2007	Keine reguläre Sitzung der Arbeitsgruppe AG EU in Brüssel zu gemeinsamer Sitzung mit den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament
18.09.2007	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
03.07.2007	Bundesministerin <i>Heidmarie Wiecek-Zeul</i> MdB Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Staatssekretär <i>Kajo Wasserhövel</i> Bundesministerium für Arbeit und Soziales
12.06.2007	<i>Dr. Marko Häckel</i> Leiter des Brüsseler Büros der Leibniz-Gemeinschaft
22.05.2007	Staatssekretär <i>Reinhard Silberberg</i> Auswärtiges Amt
08.05.2007	Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt Staatssekretär <i>Dr. Joachim Würmeling</i> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
24.04.2007	Bundesminister <i>Franz Müntefering</i> MdB, Vizekanzler Bundesministerium für Arbeit und Soziales
27.03.2007	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
20.03.2007	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
06.03.2007	Bundesministerin <i>Brigitte Zypries</i> MdB Bundesministerium der Justiz
27.02.2007	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
30.01.2007	Staatssekretär <i>Kajo Wasserhövel</i> Bundesministerium für Arbeit und Soziales
16.01.2007	Staatssekretär <i>Matthias Machnig</i> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
12.12.2006	Gemeinsame Sitzung mit den Mitgliedern der Europa-AG der CDU/CSU-Fraktion



28.11.2006	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
07.11.2006	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt <i>Dr. Thomas Steg</i> stellv. Regierungssprecher und stellv. Leiter des Presse- und Informationsamtes
24.10.2006	Parlamentarischer Staatssekretär Peter Altmaier MdB Bundesministerium des Inneren
09.2006	Dr. Juan Diaz und Bernd Burwitz CSS Project for Integrative Mediation beim Hohen Repräsentanten und EU-Sonderbeauftragter für Bosnien und Herzegowina, Dr. Christian Schwarz-Schilling
26.09.2006	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
22.09.2006 Sonder- sitzung	Bundesminister <i>Sigmar Gabriel</i> MdB Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
19.09.2006	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
31.08.2006 interne Sitzung	Bundesminister <i>Dr. Frank-Walter Steinmeier</i> Auswärtiges Amt
22.06.2006	<i>Bernhard Rapkay</i> MdEP, Vorsitzender der SPD-Gruppe im EP Gemeinsame Sitzung der AG Kommunalpolitik und AG Angelegenheiten der Europäischen Union zur Daseinsvorsorge
30.05.2006	Staatssekretär <i>Georg Wilhelm Adamowitsch</i> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
17.05.2006	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
04.04.2006	<i>Dr. h.c. Peter Schieder</i> Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses



07.03.2006	Parlamentarische Staatssekretärin <i>Dagmar Wöhrl</i> MdB Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
14.02.2006	<i>Dr. Dušan Reljić</i> Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Staatssekretär <i>Kajo Wasserhövel</i> Bundesministerium für Arbeit und Soziales
07.02.2006	Staatssekretär <i>Dr. Joachim Würmeling</i> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
17.01.2006	Staatsminister für Europa <i>Günter Gloser</i> MdB Auswärtiges Amt
13.12.2005	Bundesministerin <i>Brigitte Zypries</i> MdB Bundesministerium der Justiz Staatsekretär <i>Dr. Klaus Scharioth</i> Auswärtiges Amt
29.11.2005	Konstituierung der Arbeitsgruppe nach den Wahlen



7. Zusammenarbeit und Delegationsreisen

7.1 Klausurtagung AG-Europa und SPD-Gruppe im Europäischen Parlament

- AG-Klausur mit MdEPs am 29.05.2008 in Berlin
- AG-Klausur mit MdEPs am 08.10.2007 in Brüssel
- AG-Klausur mit MdEPs am 10.01.2007 in Brüssel
- AG-Klausur mit MdEPs am 19.06.2006 in Berlin

7.2 A-Ländertreffen

- A-Ländertreffen am 14.03.2009 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz
- A-Ländertreffen am 02.12.2008 im Deutschen Bundestag, JKH
- A-Ländertreffen am 13.02.2008 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz
- A-Ländertreffen am 22.05.2007 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz
- A-Ländertreffen am 26.02.2007 in der Landesvertretung Bremen
- A-Ländertreffen am 21.06.2006 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz
- A-Ländertreffen am 15.03.2006 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz
- A-Ländertreffen am 26.01.2006 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz

7.3 Gespräche mit Delegationen

- Gespräch mit einer Delegation von Europapolitikern der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein am 29.06.2009 in Berlin
- Gespräch mit einer Delegation des AK Europa der SPD-Landtagsfraktion Hessen am 19.06.2008 in Berlin
- Gespräch mit einer Delegation von Europapolitikern der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein am 16.06.2008 in Berlin
- Gespräch mit Mitgliedern der Kabinette verschiedener EU-Kommissare am 16.04.2008 in Berlin
- Gespräch mit Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung und Vertretern der neuen moderaten palästinensischen Islam Partei „Al Wasatieh“ am 10.04.2008 in Berlin
- Gespräch mit Ministerpräsident Soyer und Delegation der Republik Nordzypern, am 09.10.1007 in Berlin
- Gespräch mit einer Delegation von Europapolitikern der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein am 02.07.2007 in Berlin
- Gespräch mit einer Delegation von Europapolitikern der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz am 07.02.2006 in Berlin



7.4 Konferenz der Europapolitischen Sprecher/-innen

- Konferenz der Europapolitischen Sprecher/innen der SPD-Fraktionen des Bundes, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und der Landtage sowie dem Europäischen Parlament am 27./28.04.2009 in **Düsseldorf**
- Konferenz der Europapolitischen Sprecher/innen der SPD-Fraktion des Bundes, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und der Landtage sowie dem Europäischen Parlament am 31.03./01.04.2008 in **Brüssel**
- Konferenz der Europapolitischen Sprecher/innen der SPD-Fraktionen des Bundes, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und der Landtage sowie im Europäischen Parlament am 22./23.01.2007 in **München**
- Konferenz der Europapolitischen Sprecher/innen der SPD-Fraktionen des Bundes, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und der Landtage sowie im Europäischen Parlament am 02./03.05.2006 in **Hannover**

In den vergangenen zwei Jahren sind von den ordentlichen Mitgliedern der AG Europa politische Gespräche in folgenden Ländern durchgeführt worden:

Europäische Union	weitere europäische Staaten	Nord-Amerika, Asien
Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern	Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Norwegen, Serbien, Türkei	Japan, USA

Wachsende Bedeutung hat unsere Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung gewonnen. Sowohl in Berlin und Brüssel als auch mit den Büros in zahlreichen Staaten besteht eine enge europapolitische Kooperation.



8. Neues Grundsatzprogramm – Europateil

Im zweiten Halbjahr 2006 erarbeitete die Europapolitische Kommission des SPD-Parteivorstandes unter dem Vorsitz von Dr. Angelica Schwall-Düren und Bernhard Rapkay Vorschläge für den europapolitischen Teil des „Bremer Entwurfes“ für ein neues Grundsatzprogramm. Die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge, an denen auch Mitglieder der AG-Europa mitgearbeitet haben, sind nachfolgend abgedruckt:

Eine Gemeinsame Europäische Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik

S. 23, Z. 7: Nach den Worten „... legitimiert werden muss“ folgenden Text ergänzen:

„Europa muss sich weltweit und aktiv für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle einsetzen. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte es seine Anstrengungen in einer Gemeinsamen Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik zusammenfassen und intensivieren.“

Das sichere Europa

S. 23, Z. 43: Abändern der Titelüberschrift in: **„Ein soziales und sicheres Europa“** sowie Ergänzung des betreffenden Unterkapitels durch einen Abschnitt zum Bereich der Justiz und Innenpolitik.

Das nachhaltige Europa

Ergänzung des europapolitischen Teils des Grundsatzprogramms um einen Abschnitt zum **„nachhaltigen Europa“**.

Das demokratische und rechtsstaatliche Europa

S. 25, Z. 37: Ergänzen der Titelüberschrift in folgender Form: **„Das demokratische und rechtsstaatliche Europa“**

S. 25, Z. 39-47: Streichen des Abschnitts beginnend mit *„Die Europäische Union hat ... bis ... gewählt und kontrolliert wird“* und ersetzen durch folgende Fassung:

„Die Europäische Union hat heute Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Deshalb muss die Europäische Union nicht nur sozialen, sondern auch demokratischen, rechtsstaatlichen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet sein und die Grundrechte der Unionsbürger achten. Eine wichtige Grundlage ist hier eine europäische Verfassung, in der jedes politische Handeln der Europäischen Union demokratisch legitimiert ist und in einer europäischen Gewaltenteilung kontrolliert und eingehegt wird und in der eine klare Kompetenzordnung besteht. Der demokratische Charakter der EU muss Schritt halten mit der Vertiefung der Integration.“

S. 25, Z. 54: Streichen der Wortes *„funktionstüchtige“* und ersetzen durch **„handlungsfähige“**

S. 25, Z. 55: Nach den Worten *„... Mehrebenendemokratie weiterzuentwickeln“* ergänzen des Abschnitts durch folgenden Text:

„Handlungsfähigkeit umfasst dabei die konsequente Anwendung der Mehrheitsentscheidung im Rat der EU ebenso wie effektive Institutionen der Union, die gleichgerichtet wirken müssen. Die Europäische Kommission sollte zu einer "Europäischen Regierung" weiterentwickelt werden.“

Kapitel 4.2 Das soziale und demokratische Europa

S. 22, Z. 7-9: Streichen des Satzes beginnend mit *„Seit der Verabschiedung... bis ... die Einigung Europas“* und ersetzen durch folgende Fassung:



“Seit dem ersten Wahlprogramm von 1866 mit der Forderung nach einem ‘solidarischen europäischen Staat’ über das Heidelberger Grundsatzprogramm von 1925 setzen sich deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach wie vor für die Verwirklichung der ‘Vereinigten Staaten von Europa’ ein.”

S. 22, Z. 12: Streichen der Worte „*seit Bestehen*“

S. 22, Z. 15-38: Streichen der Abschnitte beginnend mit „...*Europa ist eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft ... bis ... Europäische Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht fortentwickeln*“ und ersetzen durch folgende Fassung: “Die Fortentwicklung zu einer handlungsfähigen Friedensmacht erfordert nach innen eine funktionsfähige, demokratische, soziale und solidarische Wertegemeinschaft, die, basierend auf dem europäischen Gesellschaftsmodell, zur Gestaltung der Globalisierung im Sinne der Grundrechtecharta in der Lage ist. Wir wollen ein tolerantes Europa, in dem Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion miteinander leben. Die unterschiedlichen Kulturen und Traditionen sind ein Reichtum, den wir sorgsam erhalten wollen. Nach außen ist im globalen Zeitalter dazu ein gemeinsames Vorgehen unabdingbar. Dies gilt für die Sicherung des Multilateralismus durch internationale Organisationen, einer am Prinzip der Verständigung und Zusammenarbeit ausgerichteten Außenpolitik ebenso, wie für die Durchsetzung einer umfassenden Sicherheitspolitik, die einer Politik der Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und Abrüstung bedarf. Es gilt gleichermaßen für die Verfolgung der Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sowie derjenigen Politiken, die dazu beitragen, die Chancen der Globalisierung für alle Menschen erfahrbar zu machen und den globalen Märkten Regeln für mehr Gerechtigkeit sowie für soziale und ökologische Verantwortung zu geben.“

Friedensmacht Europa

S. 22, Z. 42: Streichen der Worte „*arbeitet an einer*“ und durch folgende Neufassung des Satzes ersetzen: „Die Europäische Union verfolgt eine Friedenspolitik, ...“

S. 22, Z. 42: Einfügen des Wortes „*vorrangig*“, sodass der Text lautet: „...eine Friedenspolitik, die *vorrangig* auf Vorbeugung von Konflikten...“

S. 22, Z. 44: Nach den Worten „...*auf Multilateralismus fußt*“ in den Text einfügen: “Die zivile Konfliktbewältigung muss dabei im Vordergrund stehen, militärisches Eingreifen ist die ultima ratio. Die EU muss sich weiterhin auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, auch durch Hilfen zur wirtschaftliche Entwicklung in Konfliktregionen.”

S. 22, Z. 49 – S. 23, Z. 6: Streichen der Abschnitte beginnend mit „*Die Verbesserung der... bis ... deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss*“ und durch folgende Fassung ersetzen: „Die Verbesserung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Fähigkeiten der EU dient dem Ziel, die Werte und Interessen der EU in der Welt zu verteidigen. Dazu müssen die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Ein erster notwendiger Schritt ist die Schaffung von Einheiten mit integrierten Kräften unter einem einheitlichen Kommando. Langfristig streben wir im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion die Schaffung einer europäischen Armee an, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss.“

S. 23, Z. 11: Nach den Worten „...*mit einer Stimme sprechen*“ folgenden Satz einfügen: “Die EU sollte einen gemeinsamen Sitz im UN Sicherheitsrat anstreben.“

S. 23, Z. 14-15: Streichen des Satzes beginnend mit „*Europa darf ... bis ... nicht nachlassen*“ und durch folgenden Satz ersetzen: „Eine faire und wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit ist zentraler Bestandteil einer europäischen Friedenspolitik.“

S. 23, Z. 18-41: Streichen der Abschnitte beginnend mit „*Gleichzeitig hat die EU ...bis ... Nachbarschaftspolitik mit Nachdruck fortentwickelt wird*“ und durch folgende Fassung ersetzen:



„Das kommt alten und neuen Mitgliedstaaten zugute. Die Aussicht auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union fördert den Reformprozess in beitragswilligen Staaten. Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben. Dies gilt auch für eine sich den europäischen Werten verpflichtet führende Türkei. Beitrittsverhandlungen sind nach den von der EU definierten Kriterien und unter Beachtung der Aufnahmefähigkeit der EU aufzunehmen und zu führen. Um aufnahmefähig zu sein, bedarf die EU einer grundlegenden Vertiefung. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger müssen verbessert, die Handlungsfähigkeit der Institutionen erhöht und die Politiken der EU reformiert werden. Darüber hinaus gilt es mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik, über die EU hinaus, die Menschen in ihrem Streben nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Ausgleich zu unterstützen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Nachbarschaftspolitik mit Nachdruck fortzuentwickeln.“

Das soziale und sichere Europa

S. 23, Z. 45-48: Streichen der Sätze beginnend mit *„Europa hat den größten Binnenmarkt ... bis ... Teil unseres europäischen Gesellschaftsmodells“* und durch folgende Fassung ersetzen:

„Die soziale Dimension der EU ist, als zentraler Teil des europäischen Gesellschaftsmodells, zu stärken.“

S. 24, Z. 5: Nach den Worten *„... Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“* folgenden Satz ergänzen: "Jeder Bürger Europas muss die Möglichkeit haben, in jedem Land der EU zu arbeiten und zu leben, ohne dass dadurch soziale Rechte und die soziale Absicherung eingeschränkt werden."

S. 24, Z. 8-11 und Z. 22-29: Streichen der Sätze beginnend mit *„Wir wollen Sozialsysteme ... bis ... um Sozialdumping zu verhindern“* sowie des Abschnitts beginnend mit *„Wir wollen uns in Europa ... bis ... durch die Sozialsysteme nicht daran gehindert werden“* und durch folgende Fassung ersetzen, die vor dem Abschnitt beginnend mit *„Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer...“* zu platzieren ist: „Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, uns aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verständigen. Dieser soll verhindern, dass es aufgrund der Entwicklung der Sozialausgaben zu unfairen Wettbewerbsbedingungen und Sozialdumping kommt. Wir wollen uns in Europa dafür einsetzen, dass Sozialdumping durch einen fairen Standortwettbewerb ersetzt wird. Für die Vereinbarung eines sozialen Stabilitätspakts zwischen den Mitgliedstaaten schlagen wir Korridore für die nationalen Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vor. Dies sorgt für eine enge Verbindung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt und sichert in den jeweiligen Mitgliedstaaten ein angemessenes Niveau an sozialen Standards und Bildungsausgaben.“

S. 24, Z. 34-36: Streichen des Satzes beginnend mit *„Notwendig sind ... bis ... Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern“* und ersetzen durch folgenden Text: "Notwendig sind eine europaweit einheitliche Bemessungsgrundlage, Mindestsätze für Unternehmenssteuern und weitere Steuern mit Bedeutung für fairen Wettbewerb im Binnenmarkt."

S. 24, Z. 42: Nach den Worten *„... Daseinsvorsorge selbst bestimmen“* folgenden Satz ergänzen: „Das europäische Wettbewerbsrecht muss auf die Besonderheiten der öffentlichen Daseinsvorsorge geeignet Rücksicht nehmen.“

S. 24, Z. 44-49: Streichen des Abschnitts beginnend mit *„Die Anhebung der Lebensverhältnisse ... bis ... Existenz sichernder Mindestlöhne“* und ersetzen durch folgenden Text: „Die Anhebung der Lebensverhältnisse in den wirtschaftlich schwächeren Regionen nutzt allen in Europa. Deshalb unterstützt die Europäische Union diese Regionen gezielt dabei, wirtschaftlich aufzuholen. Den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa können wir jedoch nur dann gewährleisten, wenn Löhne und soziale Standards mit der nationalen Produktivität wachsen.“



Dadurch führt der wirtschaftliche und soziale Aufholprozess der schwächeren Staaten nicht zu Abbauprozessen in den reicheren Ländern. Da die ärmeren Staaten durchschnittlich schneller wachsen als die reicheren Länder, vollzieht sich vielmehr ein Angleichungsprozess im Fortschritt.

Wer in Europa Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn auch seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Wir fordern deshalb Mindestlöhne, die in den jeweiligen Mitgliedstaaten Existenz sichernd sind.“

S. 25, Z. 1-3: Streichen des Satzes beginnend mit „*Dabei achten wir darauf ... bis... Standards führen*“ und ersetzen durch folgende Fassung: „Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Marktöffnung und

Bürokratieabbau nicht zum Abbau sozialer und ökologischer Standards führen und der Staat seine ordnungspolitische Aufgabe im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu erfüllen in der Lage ist.“

S. 25, Z. 18-19: Streichen des Satzes beginnend mit „*Ein zukunftsorientiertes Europa ... bis ... europäischen Haushalts*“ und ersetzen durch folgende Fassung: "Um neuen Herausforderungen gerecht zu werden, muss der Haushalt der Europäischen Union den politischen Notwendigkeiten angepasst werden."

S. 25, Z. 20: Nach den Worten „... EU transparenter wird“ folgenden Text ergänzen: "Zu diesem Zweck sollte langfristig eine eigene EU-Steuer angestrebt werden.“

S. 25, Z. 28: Streichen der Worte „... und Geldpolitik“, sodass neue Fassung lautet: „... eine abgestimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Europäischen Union“

S. 25, Z. 29-30: Nach den Worten „... für eine stärkere Koordinierung...“ folgenden Text ergänzen: „vor allem“, sodass Satz insgesamt lautet: „Darum plädieren wir für eine stärkere Koordinierung vor allem zwischen den Staaten, die den Euro eingeführt haben.“

S. 25, Z. 31: Streichen des Satzes beginnend mit „*Die Europäische Zentralbank muss ... bis ... Beschäftigung verfolgen*“ und ersetzen durch folgende Fassung: „Die Europäische Zentralbank muss bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Zielsetzung der Wahrung der Geldwertstabilität die realwirtschaftliche Entwicklung transparent berücksichtigen.“

Das demokratische und rechtsstaatliche Europa

S. 25, Z. 51: Abändern des Wortes „*Entscheidungsprozess*“ in „Prozess“

S. 26, Z. 12-19: Streichen des Abschnitts beginnend mit „... *Wir treten dafür ein... bis ... demokratischen Kontrolle der EU*“ und durch folgenden Text ersetzen: "Wir treten dafür ein, dass sich die nationalen Parlamente im Sinne der europäischen Verfassung intensiv mit der europäischen Politik befassen. Nationale Parlamente und das Europaparlament sind auf der jeweiligen Ebene gleichermaßen verantwortlich für die demokratische Kontrolle der EU. Die EU darf nur dort eingreifen, wo eine europaweite Regelung notwendig ist."

S. 26, Z. 22-24: Streichen der Sätze beginnend mit „*Die EU muss ihre föderalen... bis ... Regelung notwendig ist*“ und ersetzen durch folgenden Text: „Die EU muss dazu die innere Ordnung der Mitgliedstaaten respektieren.“

S. 26, Z. 31-33: Streichen des Satzes beginnend mit „*Deshalb wollen wir ... bis ... Bürgerinnen und Bürger stärken*“ sowie im Satz danach ersetzen des Wortes „*Ebenso*“ durch „Dazu“

S. 26, Z. 40: Nach den Worten „... *Grundsatzprogramms für Europa ein*“ ergänzen des Textes: "Als Beitrag zur Demokratisierung der EU und zur Stärkung des Europäischen Parlaments sollte die SPE eine/n Spitzenkandidaten/in für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in vor den Europawahlen aufstellen."



9. Veranstaltungen / Konferenzen

9.1 „Zwischen Reflexionsphase und deutscher Ratspräsidentschaft – Sozialdemokratische Perspektiven für Europa“ am 25. September 2006

Rund 200 Gäste aus dem In- und Ausland verfolgten die Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion, in deren Mittelpunkt die Rede von Bundesaußenminister Dr. Frank-



Walter Steinmeier stand. Dieser betonte in seinen Ausführungen, dass Europa zu einem globalen Zentrum für Forschung, Bildung und Innovation werden müsse. Denn nur dann könnten das „europäische Gesellschaftsmodell und unsere sozialen Standards“ verteidigt werden. Steinmeier fuhr weiter fort,

dass die Sozialdemokratie „dieses Modell entscheidend mitgeprägt“ habe. Bezogen auf die Erweiterungsdebatte wurde deutlich, dass nach Ansicht des Außenministers mit der bevorstehenden Aufnahme von Bulgarien und Rumänien der Beitrittsprozess nicht zu Ende sei. „Aber der Weg bis zur Mitgliedschaft wird für neue Interessenten zum Teil länger und steiniger werden als erhofft“, so Steinmeier.

Deutlich wurde der Außenminister auch als es um die Zukunft des westlichen Balkans ging: „Wer Rückschläge in die Konflikte der 90er Jahre verhindern will, der muss die europäische Perspektive für die Region erhalten. Wichtig ist jedoch: Diese Perspektive muss nicht automatisch in eine Vollmitgliedschaft für jeden münden.“ Stabilität ist auch in jener europäischen Nachbarschaft für die EU von Interesse, in der die Aufnahme nicht zwangsläufig in Sicht ist.





Der Parteivorsitzende Kurt Beck unterstrich in seinem Redebeitrag, dass der deutsche EU-Vorsitz einen wichtigen Beitrag im Hinblick auf eine neue Politik der Nachbarschaft zu leisten vermag, die sowohl in den Osten Europas als auch in den Mittelmeerraum hinein neue Perspektiven einer besonders qualifizierten Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren unmittelbaren Nachbarn eröffnet. Wenn durch Steuerdumping die Handlungsspielräume gegenseitig zunehmend eingegrenzt werden, dann wird am Ende das Ganze leiden, nicht nur einzelne Volkswirtschaften und einzelne Völker in der Europäischen Union. Eine Erweiterung der Grundlagen für eine harmonisierte Steuerbasis, die dann auch Vergleichbarkeit bietet, ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Schritt.

9.2 *“Soziales Europa – zwischen Anspruch und Wirklichkeit” am 22. September 2008*

Die Konferenz behandelte folgende Fragen: Welche Anforderungen an das Soziale Europa



bringt die heutige Zeit mit sich? Wo funktioniert das Soziale Europa bereits gut und wo gibt es aktuell Nachbesserungsbedarf? Welche Chancen für mehr konkrete soziale Projekte und europäische Initiativen eröffnet der EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon)? Was bewirkt die

kürzlich von der Europäischen Kommission vorgelegte „Erneuerte Soziale Agenda“? Welche Konsequenzen sind aus den vergangenen Urteilen des Europäischen Gerichtshofes zum Arbeitsrecht politisch zu ziehen? Und schließlich: Gibt es innerhalb der europäischen Sozialdemokratie überhaupt ein gemeinsames Grundverständnis, was das Soziale Europa bedeuten soll? Welche Projekte sollen weiterverfolgt bzw. initiiert werden?



Hierzu diskutierten die in- und ausländischen Referenten mit den rund 200 Gästen unter großer Präsenz der Presse. Mit auf dem Podium saßen als Vertreter der europäischen Ebene der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz MdEP, der EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancen-gleichheit Dr. Vladimír Špidla und die Expertin für soziale Fragen in der SPD-Gruppe, Karin Jöns MdEP. Die SPD wurde von ihrem damals neugewählten Vorsitzenden Franz Müntefering MdB vertreten. Ebenso war der Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz MdB sowie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer mit Statements vertreten.



Das Thema „Soziales Europa“ hatte für die SPD im Europawahlkampf zentrale Bedeutung. Die Konferenz konnte dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

9.3 „Migrationspolitik weiter gedacht“ am, 11. Mai 2009

Mitte Mai kamen auf unsere Einladung Vertreter aus der Politik, Wirtschaft, Migrantenverbänden, aus der Presse und der sonstigen interessierten Fachöffentlichkeit



zusammen, um über die neue Position der SPD im Bereich der Migrationspolitik – dokumentiert im Fraktionspapier „Eckpunkte für eine kohärente Migrationspolitik in Deutschland und in Europa“ (Dokumente 05/09) – zu diskutieren.



Die Redner/-innen der SPD-Bundestagsfraktion waren: der Vorsitzende Peter Struck, Angelica Schwall-Düren, Angelika Graf, Josip Juratovic, Rüdiger Veit und Ute Berg, sowie die PSt Karin Kortmann MdB für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, von Günther Schultze für die FES, Steffen Angenendt für die Stiftung Wissenschaft und Politik und Volker Roßocha vom DGB.

Die Podiumsteilnehmer waren sich weitgehend einig, dass es an der Zeit wäre für neue Steuerungsansätze der Migrationspolitik. Keiner zweifelte in dieser Runde an, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Es wurden unterschiedliche migrationspolitische Konzepte besprochen und deren Chancen – für die Migrantinnen und Migranten selbst, als auch für unser Land und Europa. Ebenso Fragen wie „Migration auf Zeit“, eine EU-Blue-Card, sozial- und arbeitsrechtliche Mindeststandards gegen Lohndumping, aber auch Probleme der Flüchtlinge und der Geduldeten. Die Konferenz vermittelte einen Eindruck davon, dass Migrationspolitik auch tatsächlich weiter gedacht werden kann.





9.4 Klausurtagungen

- AG-Klausur am 24./25.05.2009 in Luxemburg mit Außenminister Jean Asselborn, dem Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Luxemburgischen Parlament Ben Fayot, EIB-Vizepräsident Matthias Kollatz-Ahnen und EuGH-Richter Alfred Dittrich
- AG-Klausur am 03.03. 2009 in Berlin mit Außenminister Steinmeier und Kajo Wasserhövel
- AG-Klausur am 15.09.2008, Villa Borsig, Berlin mit S.E. Bernard de Montferrand Botschafter der Republik Frankreich, der italienischen Abgeordneten Laura Garavini und Prof. Dr. Franz Mayer
- AG-Klausur am 10.01.2008 in Berlin mit Außenminister Steinmeier, I.E. Frau Dragoljuba Bencina, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafterin der Republik Slowenien, Staatsminister Günter Gloser MdB und PSt Marion Caspers-Merk MdB
- AG-Klausur am 06.09.2007 in Berlin
- AG-Klausur am 10./11.01.2007 in Brüssel
- AG-Klausur am 15./16.10.2006 in Brüssel
- AG-Klausur mit MdEP's am 19.06.2006 in Berlin
- AG-Klausur am 19.01.2006 in Berlin

9.5 Neujahrsempfang

- Empfang im Brüsseler Rathaus mit Bürgermeister Freddy Thielemans und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union am 11.01.2007.



10. Publikationen



Die vorliegende Broschüre „Parlamentarische Positionen zu Europa“ vermittelt einen Überblick über Kernaussagen zur Europapolitik der SPD und spannt dabei einen Zeitbogen von der Forderung nach „deutscher Einheit (...) als (einen) Anfang des solidarischen europäischen Staates“ im Wahlprogramm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) von 1866 über August Bebel's Vision vom „vereinte(n) Bund der Völker Europas“ bis hin zu Willy Brandts Rede auf der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag 1969, der Regierungserklärung von Helmut Schmidt 1978 zur Errichtung des Europäischen Währungssystems, bis hin zu Gerhard

Schröder und der Veränderung durch die EU-Beitritte im Jahr 2004. Ebenso enthält sie wichtige Passagen aus den Parteiprogrammen (u.a.: „Die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“, 1925).



10.1 Fraktion Intern

Seit Dezember 2005 sind in „Fraktion Intern“ zahlreiche Artikel zu europapolitischen Themen erschienen.



Ausgabe Nr. 2 vom 15.04.2009	Für ein starkes soziales Europa
Ausgabe Nr. 1 vom 23.02.2009	Europäisches Gedenkjahr 2009
Ausgabe Nr. 6 vom 07.07.2008	Europa – den Blick nach vorn gerichtet
Ausgabe Nr. 2 vom 03.03.2008	Der Vertrag von Lissabon
Ausgabe Nr. 1 vom 11.02.2008	Europäische Betriebsräterichtlinie Interkultureller Dialog 2008
Ausgabe Nr. 8 vom 17.12.2007	Der Vertrag von Lissabon
Ausgabe Nr. 7 vom 22.07.2007	Ein Jahr Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bundestag
Ausgabe Nr. 6 vom 09.07.2007	Ergebnisse der Ratspräsidentschaft
Ausgabe Nr. 4 vom 21.05.2007	Europa - Debatte über die neue vertragliche Grundlage der EU
Ausgabe Nr. 3 vom 10.04.2007	Europa – In Vielfalt geeint
Ausgabe Nr. 2 vom 19.03.2007	Berliner Erklärung zum 50. Jahrestag der EU
Ausgabe Nr. 1 vom 26.02.2007	Deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat begonnen EU-Dienstleistungs-Richtlinien EU-Forschungsprogramm
Ausgabe Nr. 8 vom 06.11.2006	Deutsche EU-Präsidentschaft Bundestag für EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens
Ausgabe Nr. 7 vom 09.10.2006	Bundestag stärkt seine Europatauglichkeit
Ausgabe Nr. 3 vom 20.04.2006	Ausweg aus der europäischen Verfassungskrise?
Ausgabe Nr. 5 vom 19.06.2006	Bulgarien und Rumänien auf der Zielgeraden



Ausgabe Nr. 2
vom **20.03.2006**

EU-Dienstleistungsrichtlinie

Ausgabe Nr. 9
vom 19.12.2005

Lissabon-Strategie: Nationales Reformprogramm
Deutschland

10.2 Falblätter zu Europa-Themen

Anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erstellte die Arbeitsgruppe eine Reihe von Falblättern zu EU-Themen, in denen einerseits der Kontext, andererseits die spezifische Position der SPD zu dem Thema vorgestellt wurde.





Anlässlich des Bundesweit stattfindenden EU-Projekttag an den Schulen im März 2009 wurden die Themenblätter der EU-Ratspräsidentschaft überarbeitet und thematisch an die Aktualität angepasst.

Außerdem wurden Musterreden, ein Quiz, eine Powerpoint-Präsentation und eine Muster-Presseerklärung erstellt.

Die Materialien wurden ins Intranet der SPD-Bundestagsfraktion eingestellt und den Mitgliedern der Fraktion somit zur Verfügung gestellt.

10.3 Pressemitteilungen

- 24.10.2009 Neue Bundesregierung setzt deutschen Einfluss in Europa aufs Spiel
Axel Schäfer
- 09.10.2009 Reformvertrag rückt in greifbare Nähe
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 05.10.2009 Irland stimmt dem Vertrag von Lissabon zu
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 23.09.2009 Weg frei für den Vertrag von Lissabon
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 18.09.2009 Der Bundespräsident muss jetzt ein Zeichen setzen
Axel Schäfer
- 16.09.2009 Barrosos Wiederwahl ist verstrichene Chance für Soziales Europa
Michael Roth
- 08.09.2009 CDU und CSU stellen Europa unter Vorbehalt
Michael Roth



- 31.08.2009 Angriff Deutschlands auf Osteuropa ursächlich für Flucht und Vertreibung
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 28.08.2009 Für eine neue Kultur des Miteinander: Bürgerrechte, Sicherheit und
Freiheit in Europa verbinden
Michael Roth
- 27.08.2009 Begleitgesetz auf gutem Weg
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 24.08.2009 Wahl Mazowieckis entscheidend für deutsch-polnische Verständigung
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 06.08.2009 Begleitgesetz auf einem guten Weg
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 31.07.2009 7-Punkte Vorschlag zum Umsetzung des Karlsruher Urteils zum Vertrag
von Lissabon
Thomas Oppermann und Axel Schäfer
- 16.07.2009 SPD steht zum Vertrag von Lissabon – CDU ist in Erklärungsnot
Axel Schäfer
- 30.06.2009 Bundesverfassungsgericht bestätigt Vertrag von Lissabon
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 30.06.2009 Lissabon-Vertrag besteht
Axel Schäfer
- 25.06.2009 Zuversicht mit Blick auf das Lissabon-Urteil des
Bundesverfassungsgerichts
Axel Schäfer
- 17.06.2009 SPD-Bundestagsfraktion beschließt Strategie für Wohlstand und
Vollbeschäftigung in Europa
Eva Högl und Martin Schwanholz
- 11.06.2009 Bürger erwarten europäische Antwort auf die Krise
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 10.06.2009 Europa muss Bürgerrechte und Freiheit stärken
Michael Roth
- 09.06.2009 Angelica Schwall-Düren zu politischen Gesprächen in Budapest
Norbert Bicher



- 04.06.2009 CDU/CSU verursachen mit Europawahlauf Ruf anti-deutsche Stimmung in Polen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 03.06.2009 Polen ebnete Weg zur Deutschen Einheit
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27.05.2009 Lissabon-Vertrag wird von Konservativen blockiert
Axel Schäfer
- 27.05.2009 Ausstellung erinnert an große Verdienste der „Solidarność“
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 20.05.2009 EU-Russland Gipfel – Strategische Partnerschaft vertiefen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 13.05.2009 Barroso darf keine vollendeten Tatsachen schaffen
Axel Schäfer
- 12.05.2009 Angelica Schwall-Düren zu politischen Gesprächen in Athen
Norbert Bicher
- 08.05.2009 Freiheit ist etwas anderes als Verantwortungslosigkeit
Axel Schäfer
- 07.05.2009 Beschäftigungsgipfel in Prag kann nur ein erster Schritt sein
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 07.05.2009 Östliche Partnerschaft stärkt politische Stabilität
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 06.05.2009 Wichtiger Sieg für proeuropäische Kräfte in Tschechien
Axel Schäfer
- 30.04.2009 Europäische Union als Symbol für Frieden, Freiheit und Wohlstand
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 29.04.2009 Wiedereinführung des 1. Mai in der Türkei:
Signal für sozialen Frieden und an Europäische Union
Kurt Bodewig und Lale Akgün
- 23.04.2009 Patientenrechte in der Europäischen Union müssen weiter gestärkt werden
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 22.04.2009 Senkung der Auslands-Handyтарife beweist Bürgernähe der Europäischen Union
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 20.04.2009 Die Gespräche über die Wiedervereinigung Zyperns müssen fortgesetzt werden
Dr. Angelica Schwall-Düren



- 01.04.2009 G-20 Treffen muss deutliches Zeichen setzen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 30.03.2009 Europas Christdemokraten auf dem Weg nach rechts außen
Axel Schäfer
- 25.03.2009 Tschechien muss den Vertrag von Lissabon ratifizieren
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 19.03.2009 Europäische Solidarität einfordern
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 11.03.2009 EU-Finanzminister einig über EU-Position bei G-20
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 04.03.2009 Eckpunkte für sozialdemokratische Migrationspolitik in Deutschland und Europa
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 02.03.2009 DIE LINKE unterstreicht ihre Europa-Unfähigkeit
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27.02.2009 CSU muss ihr Verhältnis zur Europäischen Union klären
Axel Schäfer
- 20.02.2009 Enge europäische Abstimmung ist für den Erfolg des Weltfinanzgipfels unabdingbar
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 19.02.2009 „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ – Entscheidung in außenpolitischer Verantwortung ist notwendig
Dr. Angelica Schwall-Düren, Wolfgang Thierse, Markus Meckel
- 18.02.2009 2009 – Jahr gemeinsamer Erinnerung für Deutsche und Polen
Dr. Angelica Schwall-Düren und Markus Meckel
- 18.02.2009 Der Vertrag von Lissabon rückt näher
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 12.02.2009 Bulgarien und Rumänien: weitere Anstrengungen erforderlich
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 09.02.2009 Das Schweizer Signal – „Ja“ zum EU-Abkommen
Axel Schäfer
- 05.02.2009 Schwall-Düren zu Gesprächen in Paris
Norbert Bicher



- 04.02.2009 Irreguläre Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten muss bestraft werden
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27.01.2009 EU kann zu dauerhaftem Frieden im Nahen Osten beitragen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 23.01.2009 Die Nabucco-Pipeline muss kommen
Kurt Bodewig
- 22.01.2009 Die deutsch-französische Freundschaft als Hebel nutzen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 20.01.2009 EU benötigt eine gemeinsame Energiestrategie
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 14.01.2009 Plebiszite auf Bundesebene zulassen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 08.01.2009 SPD fordert eine Stärkung der Energiesicherheit in der EU
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 18.12.2008 Mehr Mitbestimmung in Europa – Europäische Betriebsräte werden gestärkt
Martin Schwanholz
- 18.12.2008 EU zeigt Handlungsfähigkeit und Verantwortung
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 16.12.2008 SPD-Bundestagsfraktion fordert EU-Beitrag zur besseren Integration von Migrantenkindern
Lale Akgün
- 11.12.2008 Hohe Erwartungen an den heute beginnenden Europäischen Rat
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 10.12.2008 Irlands EU-Alternative 2009: Zustimmung oder Austritt
Axel Schäfer
- 26.11.2008 Die EU kann die Rezession nur gemeinsam überwinden
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 26.11.2008 Der Vertrag von Lissabon lebt
Axel Schäfer und Michael Roth
- 20.11.2008 EU-Binnenmarkt braucht europäisches Konjunkturprogramm
Dr. Angelica Schwall-Düren



- 20.11.2008 Blue Card für Hochqualifizierte
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 14.11.2008 EU-Zukunftspakt für Arbeit
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 12.11.2008 Verhandlungen mit Russland fortsetzen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 04.11.2008 Schwall-Düren zu politischen Gesprächen in Finnland und Estland
Norbert Bircher
- 23.10.2008 12. Rundfunkänderungs-Staatsvertrag bleibt schwieriger
Monika Griefahn, Steffen Reiche, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse
- 22.11.2008 EP stärkt soziales Europa – nun ist die EU-Kommission gefragt
Axel Schäfer
- 16.10.2008 Bescheidenes Gipfelergebnis: Zeitplan für einen Zeitplan
Axel Schäfer
- 16.10.2008 Keine „Festung Europa“ errichten
Dr. Angelica Schwall-Düren und Lale Akgün
- 04.09.2008 Grundrechte auch im Anti-Terror-Kampf wahren
Michael Roth
- 02.09.2008 EU setzt klares Zeichen für die Unterstützung Georgiens
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27..08.2008 EU darf den Gesprächsfaden mit Russland nicht abreißen lassen
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 26.08.2008 Gerade in Krisenzeiten muss der Dialog mit Russland geführt werden
Dr. Angelica Schwall-Düren und Walter Kolbow
- 26.08.2008 Martin Schulz: Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl 2009
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 22.08.2008 Bulgarien und Rumänien im Kampf gegen Korruption unterstützen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 14.07.2008 Partnerschaft mit den Mittelmeeranrainern verstärken
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 09.07.2008 Europäische Innenpolitik – Freiheit darf nicht auf der Strecke bleiben
Michael Roth



- 08.07.2008 Soziale Dimension der Europäischen Union stärken
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 03.07.2008 Kundgebung für ein soziales Europa wird nachdrücklich unterstützt
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 02.07.2008 Wichtiger Schritt in Richtung soziales Europa
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 30.06.2008 Französische EU-Ratspräsidentschaft verdient unsere Unterstützung
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27.06.2008 Vorwürfe gegen den EU-Reformvertrag entbehren jeder Grundlage
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 25.06.2008 Rassismus und Diskriminierung europaweit bekämpfen
Michael Roth
- 19.06.2008 Sozialdumping mit dem Lissaboner Vertrag verhindern
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 18.06.2008 Positive Gespräche im Weimarer Dreieck
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 13.06.2008 Ratifikationsprozess zum EU-Reformvertrag nach irischer Ablehnung fortsetzen
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 12.06.2008 Europa blickt nach Irland
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 11.06.2008 Deutschland und Frankreich erzielen Einigung im Klimastreit
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 10.06.2008 Politische Einigung bei EU-Richtlinien zur Arbeitszeit und Leiharbeit
Dr. Angelica Schwall-Düren und Dr. Martin Schwanholz
- 06.06.2008 Mittelmeerraum erfolgreich integrieren
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 06.06.2008 EU-Kommission muss ihre Vorschläge für eine erneuerte Sozialagenda umgehend vorlegen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 05.06.2008 Deutsche Sprache durch Überarbeitung der Übersetzungsstrategie stärken
Michael Roth



- 04.06.2008 Europäische Sicherheit stärken – verhandeln statt aufrüsten
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 23.05.2008 Bundesrat ratifiziert Vertrag von Lissabon – jetzt ist der Bundespräsident am Zug
Axel Schäfer und Michael Roth
- 20.05.2008 Italiens Regierung muss Grundrechte von Minderheiten schützen, nicht die Freiheiten einschränken
Michael Roth
- 08.05.2008 Jena-Bewerbung macht Kritik am „Agenturwesen“ unglaublich
Michael Roth
- 24.04.2008 EU-Reformvertrag: Grundlage für ein soziales Europa
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 24.04.2008 SPD-Grüne-FDP: Einstimmig für den EU-Vertrag von Lissabon
Axel Schäfer
- 23.04.2008 Parlamentarische Mitwirkung bei Ausweitung der EU-Kompetenz im Strafrecht gestärkt
Michael Roth
- 15.04.2008 Europa rutscht nach rechts
Axel Schäfer
- 10.04.2008 SPD-Bundestagsfraktion beschließt Positionspapier zur Zukunft des EU-Haushalts
Axel Schäfer
- 03.04.2008 Polen ratifiziert als siebtes EU-Mitgliedsland den Reformvertrag
Axel Schäfer
- 03.04.2008 Positive Signale in Zypern
Gerd Andres
- 19.03.2008 Nationale Regierungen für ein Handels- und Einfuhrverbot von Robbenprodukten in Vorbereitung
Axel Schäfer und Wilhelm Priesmeier
- 11.03.2008 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist Angelegenheit der europäischen Mitgliedstaaten
Axel Schäfer
- 10.03.2008 Barroso muss Neubesetzung des Justiz- und Innenressort zu einem Paradigmenwechsel nutzen
Michael Roth
- 04.03.2008 Deutsch-französischer Motor läuft wieder
Dr. Angelica Schwall-Düren



- 25.02.2008 Hoffnung auf Bewegung im Zypern-Konflikt
Rainer Fornahl
- 22.02.2008 Stärkung der Europäischen Betriebsräte ist längst überfällig
Dr. Martin Schwanholz
- 21.02.2008 Transparenz schafft Vertrauen
Michael Roth
- 20.02.2008 Europäisches Parlament stimmt Vertrag von Lissabon zu – Bundestag folgt im April
Axel Schäfer und Michael Roth
- 19.02.2008 Der Steuerhinterziehung in Europa einen Riegel vorschieben
Axel Schäfer
- 04.02.2008 Serbiens Votum für EU-Perspektive muss positiv beantwortet werden
Dr. Lale Akgün
- 28.01.2008 Gemeinsamer Zahlungsraum Europas erleichtert Bankgeschäfte
Kurt Bodewig
- 24.01.2008 EU-Signale für serbische Hoffnungsträger und gegen nationale Bedenkenträger
Axel Schäfer
- 18.01.2008 Nokia missachtet Europäische Betriebsräte
Axel Schäfer
- 16.01.2008 50 Jahre EU-Kommission
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 20.12.2007 Europa wächst zusammen
Axel Schäfer
- 13.12.2007 Vertrag von Lissabon: Jetzt zügige Ratifizierung im Bundestag
Michael Roth
- 13.12.2007 Lissabon-Strategie braucht klares Bekenntnis zur Guten Arbeit und zu sozialen Zielen
Dr. Martin Schwanholz
- 12.12.2007 Die Verkündung der EU-Grundrechtecharta ist ein Meilenstein für Europa
Michael Roth
- 11.12.2007 Neue Chance für das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 19.11.2007 Europäisches Parlament befürwortet existenzsichernde Mindestlöhne
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 14.11.2007 EU-Reformvertrag rasch ratifizieren
Axel Schäfer



- 07.11.2007 Terrorismusbekämpfung mit Vernunft: EU-Vorschlag zur Fluggastspeicherung geht zu weit
Michel Roth
- 07.11.2007 EU-Fortschrittsbericht: Die Tür zur Erweiterung bleibt offen
Axel Schäfer
- 24.10.2007 Die Institutionen der EU müssen die deutsche Sprache stärker beachten
Michael Roth
- 22.10.2007 Regierung in Polen abgelöst
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 22.10.2007 „Sichtbares Zeichen“ europäisch ausrichten
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 19.10.2007 Ein wichtiger Erfolg, aber für Euphorie ist es zu früh
Axel Schäfer
- 19.10.2007 Kompromissbereitschaft ermöglicht notwendigen reformvertrag für die Europäische Union
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 18.09.2007 Versuchte Demontage von Verheugen ist nicht akzeptabel
Axel Schäfer
- 10.09.2007 Rat der EU-Weisen: Kein weiser Beschluss
Michael Roth
- 26.08.2007 Start der Regierungskonferenz stimmt optimistisch
Kurt Bodewig
- 24.08.2007 Vereinfachter Zuzug von Fachkräften aus den neuen Mitgliedstaaten stärkt Integration in der EU
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 26.07.2007 Start der Regierungskonferenz stimmt optimistisch
Kurt Bodewig
- 23.07.2007 EU-Vertrag gemeinsam ratifizieren
Michael Roth
- 19.07.2007 Regierungskonferenz braucht parlamentarische Legitimierung – Sondersitzung EU-Ausschuss gefordert
Axel Schäfer
- 06.07.2007 Die Zukunft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells
Dr. Angelica Schwall-Düren



- 04.07.2007 CDU/CSU verhindert Europabeschluss im Bundestag
Axel Schäfer
- 28.06.2007 Europäischer Sozialfonds – 50 Jahre Investitionen in Menschen
Dr. Martin Schwanholz
- 27.06.2007 Gemeinsame Grundsätze zur Flexicurity gehen in die richtige Richtung
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27.06.2007 Weitere Anstrengungen in Bulgarien und Rumänien notwendig
Dr. Lale Akgün
- 23.06.2007 Fortschritte für Europa – Rückschritte hinter den Verfassungsvertrag
Axel Schäfer
- 23.06.2007 Regierung erreicht Fortschritt für Europa
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 20.06.2007 Ein Scheitern des EU-Gipfels ginge auf Kosten aller
Michael Roth
- 18.06.2007 Französische Sozialisten stellen starke Opposition
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 13.06.2007 EU-Entsenderichtlinie: Einschränkung der Kontrollrechte ist nicht akzeptabel
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 13.06.2007 EU-Bürgerbegehren bringt Europa den Menschen näher
Michel Roth
- 11.06.2007 Frankreich: Klare Absage an rechtsextreme Front National
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 07.06.2007 Substanz des Vertrages bleibt erhalten – Konsens erkennbar
Michael Roth
- 01.06.2007 Bemühungen um EU-weite Regelung zu Betriebsrenten müssen fortgesetzt werden
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 24.05.2007 Europäischer Generalanwalt stärkt die Rechte der Gewerkschaften
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 24.05.2007 Wiedervereinigung Zyperns voranbringen
Dr. Lale Akgün
- 22.05.2007 Positives Zeichen für Europa aus Polen
Dr. Angelica Schwall-Düren



- 09.05.2007 Wir sind stolz auf Europa
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 08.05.2007 Wachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union gewinnen weiter an Fahrt
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 26.04.2007 Klare Perspektive für den EU-Beitritt Kroatiens
Josip Juratovic
- 25.04.2007 Mehrsprachigkeit für alle in Europa
Michael Roth
- 11.04.2007 Perspektiven 2009: Gelingt oder scheitert die EU?
Axel Schäfer
- 22.03.2007 Rede im Plenum: 50 Jahre Römische Verträge
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 09.03.2007 Die EU stärkt ihre Führungsrolle beim Klimaschutz
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 01.03.2007 Frühjahrsgipfel: Chance soziale Dimension zu stärken
Kurt Bodewig
- 31.01.2007 EU-Grundrechteagentur kommt
Axel Schäfer
- 25.01.2007 Rückenwind für den EU-Verfassungsvertrag
Michael Roth
- 25.01.2007 Transparenz schafft Vertrauen
Michael Roth
- 22.01.2007 Bundestagsabgeordnete bringen Europa in die Schulen
Axel Schäfer
- 19.01.2007 „Gute Arbeit“ – ein wichtiger Schritt zur sozialen Gestaltung Europas
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 16.01.2007 Neuer Konvent bringt Verfassungsvertrag nicht voran
Michael Roth
- 11.01.2007 Die Soziale Dimension in Europa gemeinsam stärken
Dr. Angelica Schwall-Düren und Bernhard Rapkay



- 02.01.2007 Deutsche Ratspräsidentschaft startet mit politischen Wegmarken
Axel Schäfer
- 15.12.2006 Weltwirtschaftsforum-Studie: Deutschland liegt bei Lissabon-Zielen vor USA
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 15.12.2006 Klares Signal: Der Verfassungsprozess geht weiter
Michael Roth
- 14.12.2006 Für ein wettbewerbsfähiges und sozial gerechtes Europa
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer
- 12.12.2006 Tür zum EU-Beitritt für die Türkei weiterhin offen
Dr. Lale Akgün
- 07.12.2006 Ein gutes Signal für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 04.12.2006 Das Weimarer Dreieck stärker nutzen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 23.11.2006 Sprachenfrage im Dialog klären
Axel Schäfer
- 20.11.2006 Bürgernahes Europa braucht Sprachenvielfalt
Axel Schäfer
- 07.11.2006 Die Türkei für Europa gewinnen statt sie zurückzuweisen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 03.11.2006 Für die Türkei gilt das bisher gültige Verfahren für Beitrittsverhandlungen
Axel Schäfer
- 02.11.2006 Gauweiler interpretiert BVerfG bewusst falsch – EU-Verfassungsvertrag nicht gescheitert
Michael Roth
- 25.10.2006 Ja zum EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien - keine Mitgliedschaft zweiter Klasse
Axel Schäfer
- 19.10.2006 Den Weg für Bulgarien und Rumänien freimachen
Dr. Lale Akgün und Kurt Bodewig
- 13.10.2006 Deutsch-französischer Ministerrat: Motor europäischer Integration
Dr. Angelica Schwall-Düren



- 13.10.2006 EU-Dienstleistungsrichtlinie: Sozialverträgliche Löhne müssen Thema bleiben
Dr. Angelica Schwall-Düren und Ludwig Stiegler
- 12.10.2006 Neuer Schwung für EU-Verfassung
Michael Roth
- 11.10.2006 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft rückt näher
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 27.09.2006 Bulgarien und Rumänien: EU-Beitritt zum 1. Januar 2007 mit Schutzklauseln
Dr. Lale Akgün und Kurt Bodewig
- 06.09.2006 Steinbach-Äußerungen sind empörend
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 06.09.2006 Kovacs das Mandat erteilen
Hans Eichel
- 28.08.2006 Umfassende und praktikable Offenlegung der Empfänger von EU-Geldern
Michael Roth
- 20.07.2006 EU-Beihilferecht nicht auf Kosten von kleinen und mittleren Unternehmen modernisieren
Axel Schäfer
- 07.07.2006 EU-Strukturfonds: Mittelverwendung muss besser kontrolliert werden
Rainer Fornahl
- 03.07.2006 Beschluss zum Namensrecht der deutschen Sparkassen untergräbt Vertrauen der Menschen in die EU
Dr. Angelica Schwall-Düren und Joachim Poß
- 30.06.2006 Das Weimarer Dreieck stärken
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 16.06.2006 EU-Verfassungsprozess: Deutschland trägt Verantwortung - aber nicht alleine
Axel Schäfer
- 15.06.2006 EU-Verfassung: Europäischer Rat muss sich zum Fortgang des Verfassungsprozess eindeutig bekennen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 30.05.2006 EU-Dienstleistungsrichtlinie: Rat unterstützt EP-Kompromiss
Dr. Angelica Schwall-Düren und Kurt Bodewig



- 16.05.2006 Beitritt Bulgariens und Rumäniens Anfang 2007 ist realistisch
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 15.05.2006 Bulgarien und Rumänien auf der Zielgraden
Axel Schäfer
- 12.05.2006 Die deutsch-polnischen Beziehungen brauchen Stabilität und Konstanz
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 13.04.2006 EU-Finanzkompromiss: Stoibers europapolitischer Blindflug
Axel Schäfer
- 05.04.2006 EU-Dienstleistungsrichtlinie: Herkunftslandprinzip vom Tisch
Dr. Angelica Schwall-Düren und Kurt Bodewig
- 05.04.2006 Ratifizierungsprozess mit Bulgarien und Rumänien eingeleitet
Axel Schäfer, Dr. Lale Akgün und Kurt Bodewig
- 05.04.2006 Eine stabile Grundlage für die Finanzierung der Europäischen Union
Axel Schäfer
- 22.03.2006 Ein Beitrag für Akzeptanz der Europäischen Integration
Axel Schäfer
- 14.03.2006 Standortverlagerungen dürfen nicht mit EU-Mitteln gefördert werden
Hans-Jürgen Uhl
- 09.03.2006 Dienstleistungsrichtlinie mit sozialem Antlitz
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 08.03.2006 Energiepolitische Zusammenarbeit in Europa weiterentwickeln
Dr. Angelica Schwall-Düren und Ulrich Kelber
- 28.02.2006 SPD-Delegation zu Gesprächen in Rumänien
Norbert Bicher
- 16.02.2006 EP erteilt neoliberalen Tendenzen bei der Dienstleistungsrichtlinie klare Absage
Dr. Angelica Schwall-Düren und Ludwig Stiegler
- 08.02.2006 EU-Kommission liegt falsch: Arbeitnehmerfreizügigkeit muss weiterhin zurückgestellt werden
Axel Schäfer und Klaus Brandner
- 24.01.2006 Merkel und Chirac einig: Europa durch gemeinsame Projekte voranbringen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 24.01.2006 Keine neue Ausrichtung der französischen Militärdoktrin
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 19.01.2006 EU-Haushalt: rasche Einigung mit Europaparlament nötig
Dr. Angelica Schwall-Düren und Axel Schäfer



- 16.01.2006 EU-Hafenrichtlinie darf nicht zur Gefährdung von Arbeitsplätzen führen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 13.01.2006 Wer den Verfassungsprozess unterbricht, bricht ihn ab
Axel Schäfer
- 20.12.2005 Zusagen für Ostdeutschland müssen eingehalten werden
Dr. Angelica Schwall-Düren und Stephan Hilsberg
- 19.12.2005 Einigung über künftigen EU-Finanzrahmen
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 16.12.2005 Schwall-Düren zu politischen Gesprächen in Polen
Norbert Bicher
- 06.12.2005 Britische EU-Haushaltsvorschläge: Bewegung zu begrüßen
Axel Schäfer
- 30.11.2005 Erfolgreiche Europapolitik fortsetzen – Europa der Bürger stärken
Dr. Angelica Schwall-Düren
- 24.11.2005 EU-Dienstleistungsrichtlinie
Dr. Angelica Schwall-Düren und Ludwig Stiegler



11. Auszüge aus dem Koalitionsvertrag

„Lissabon-Strategie (S. 26)

Wir unterstützen nachdrücklich die im März 2005 reformierte Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Der Erfolg der Wettbewerbs-Strategie hängt in erster Linie von den Mitgliedstaaten und ihrer Reformbereitschaft ab. Wir sehen aber in der Initiative zur Deregulierung des bestehenden Gemeinschaftsrechts und zur verbesserten Gesetzesfolgenabschätzung im Gemeinschaftsrecht einen zentralen Beitrag der EU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Wir werden uns mit weiteren eigenen Deregulierungsvorschlägen und Beiträgen zur Gesetzesfolgenabschätzung in die Arbeit an einer besseren EU-Rechtsetzung einbringen.

(S. 149): Wir brauchen eine neue, wachstumsfreundliche Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt. Die Durchsetzung der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene wird nur gelingen, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig verbessern und zugleich den berechtigten Schutzbedürfnissen der Menschen Rechnung tragen.

Dienstleistungsrichtlinie (S. 27)

Ein funktionierender EU-Binnenmarkt auch im Bereich der Dienstleistungen ist für Deutschland von herausragendem volkswirtschaftlichem Interesse. Hieran werden wir uns bei der weiteren Beratung der EU-Dienstleistungsrichtlinie orientieren. Die Mitgliedstaaten müssen die Möglichkeit bewahren, im Rahmen der allgemeinen Grundsätze des EG-Vertrages auch weiterhin hohe Standards für die Sicherheit und Qualität von Dienstleistungen (z. B. zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt und der öffentlichen Sicherheit) durchzusetzen. Das Herkunftslandprinzip in der bisherigen Ausgestaltung führt uns nicht in geeigneter Weise zu diesem Ziel. Deshalb muss die Dienstleistungsrichtlinie überarbeitet werden. Wir werden ihr auf europäischer Ebene nur zustimmen, wenn sie sozial ausgewogen ist, jedem Bürger den Zugang zu öffentlichen Gütern hoher Qualität zu angemessenen Preisen sichert und Verstöße gegen die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt nicht zulässt.

Wettbewerbsfähigkeit (S. 27)

Um den Mitnahmeeffekt von Subventionen zu Lasten von deutschen Arbeitsplätzen und öffentlichen Haushalten zu beschränken, streben wir ferner innerhalb der EU eine Einvernehmensregel zum Abbau von Subventionen bei Betriebsverlagerungen (analog der Einvernehmensregel im Rahmen der dt. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) an. Dies soll dazu beitragen, die Wirkung enormer Fördergefälle zu mildern und die Absiedlung von Arbeitsplätzen ohne volkswirtschaftlichen Mehrwert innerhalb der EU in Gebiete mit hohen Förderintensitäten zu verringern.

Europäische Sozialpolitik (S. 40)

Das Europäische Sozialmodell als Bestandteil der Lissabon-Strategie muss weiterentwickelt werden. Dabei wird es für die Bürgerinnen und Bürger ganz entscheidend darauf ankommen, dass es gelingt, die notwendige Flexibilität mit sozialem Schutz und sozialer Sicherheit zu verbinden („Flexicurity“).

Forschung und Entwicklung (S.46)

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich das Ziel gesetzt, bis 2010 der stärkste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Dazu soll der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf mindestens 3% des Bruttoinlandsproduktes



steigen. Deutschland hat bereits einen Anteil von 2,5% erreicht. Die Investitionen in Bildung und Forschung sind für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von zentraler Bedeutung.

Energieeffizienz (S. 52)

In der Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen, Kraftwerken und Industrieanlagen steckt ein riesiges Potenzial zur wirtschaftlichen Einsparung von Energie. Wir werden daher: [...] die europäischen Initiativen zur Verbesserung der Energieeffizienz unterstützen und auf ein europäisches Top-Runner-Programm hinwirken; [...].

Verkehr (S. 54)

Auch werden wir uns für einen diskriminierungsfreien europäischen Markt für Verkehrsmittel und deren Komponenten einsetzen. [...]. Wir werden die Realisierung der Verkehrsprojekte des Transeuropäischen Verkehrsnetzes, die einen besonderen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas leisten, vorantreiben. Innovative Vorhaben von besonderem europäischen und Bundesinteresse werden wir fördern. Wir wollen Public Private Partnership (PPP) voran bringen und uns deswegen für die Realisierung der Fehmarn-Belt-Querung als internationales PPP-Referenzvorhaben einsetzen.

Klimaschutz (S. 65)

Deutschland und Europa brauchen deshalb einen neuen Aufbruch, der die Ziele erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung und wirksamen Klima- und Umweltschutzes mit den sozialen Anliegen der Menschen im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens im 21. Jahrhundert zusammenführt.

(S. 57): Wir werden den Emissionshandel als wichtiges Instrument des Klimaschutzes ökologisch und ökonomisch effizienter gestalten und daher [u.a.] die EU-Kommission bei ihrer Prüfung unterstützen, den Flugverkehr in angemessener Weise in einen Emissionshandel einzubeziehen; [...]. Wir wollen die Kostenbelastung der Wirtschaft durch den CO₂-Emissionshandel senken. Dazu wollen wir gegebenenfalls eine Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie anstreben. Bei der Fortschreibung des Nationalen Allokationsplans 2 (2008 – 2012) werden wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Wirtschaft besonders berücksichtigen.

Energiesteuern (S. 85)

Deutschland als ein Staat in zentraler Lage im europäischen Binnenmarkt hat ein herausragendes Interesse, die Harmonisierung der Energiebesteuerung in der EU voranzutreiben. Dabei werden wir auf einfache und transparente Regelungen hinarbeiten. Angesichts der hohen Energiepreise ist es wichtig, die energieintensive Wirtschaft in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen.

Jugend (S. 121)

Die Europäische Union bietet neue Chancen für die Gestaltung von Bildungs-, Berufs- und Lebensverläufen junger Menschen. Das erfordert sowohl die Einwirkung der nationalen jugendpolitischen Akteure in europäische Politikgestaltung als auch das Mitdenken der europäischen Dimension bei der Gestaltung des lokalen, regionalen und nationalen Kinder- und Jugendangebots. Hierzu bietet der „Pakt für die Jugend“ die besten Chancen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die finanzielle Ausstattung des EU-Programms „Jugend in Aktion“ für den Zeitraum 2007 bis 2013 die Ausweitung der beteiligten Programmländer, die erhöhte Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich, sowie die Erweiterung der Altersgrenzen der Jugendlichen entsprechend berücksichtigt.

Migration (S. 136)

Zur Bekämpfung von Fluchtursachen wollen wir das Zusammenwirken aller Politikbereiche bei der Zusammenarbeit mit Herkunft- und Transitstaaten verstärken und koordinieren und



auf europäischer Ebene diese Vorgehensweise unterstützen. [...]. Die Bundesregierung strebt eine europaweite Flüchtlingspolitik an. Die Regelung des Zugangs von Nicht-EU-Bürgern auf den Arbeitsmarkt muss jedoch den nationalen Regierungen und Parlamenten vorbehalten bleiben. Die Bundesregierung wird ein zweites Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes, das der Umsetzung von elf EU-Richtlinien im Ausländer- und Asylbereich dient, umgehend in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren einbringen. Die für eine bundeseinheitliche Anwendung des Ausländerrechts erforderlichen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz und zum Freizügigkeitsgesetz/EU sollen schnellstmöglich ausgearbeitet werden. [...]. Ein Prüfauftrag gilt auch für den Bereich „Illegalität“ und die Frage des kommunalen Wahlrechts für Ausländer, die keine EU-Bürger sind.

Europapolitik (S. 147)

Die Europäische Union ist Garant für politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa. [...]. Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte sowie seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Entwicklung des europäischen Integrationswerks. Europa gründet auf der richtigen Verbindung von Einheit und Vielfalt. [...]. Die gegenwärtige Krise der EU begreifen wir als Chance, das europäische Projekt an den Anforderungen unserer Zeit auszurichten. Wir müssen verloren gegangenes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Dies wird nur gelingen, wenn wir uns gemeinsam in Europa auf das Wesentliche konzentrieren, über die Ziele und Aufgaben, die Zuständigkeiten und Grenzen der erweiterten Europäischen Union verständigen, den Grundsatz der Subsidiarität strikt beachten, unsere nationalen Reformanstrengungen, insbesondere im Euro-Raum, wirksamer miteinander verknüpfen und unsere Bürgerinnen und Bürger besser über die Fortentwicklung der europäischen Politik informieren. [...]. Die deutsch-französische Zusammenarbeit bleibt als wichtiger Impulsgeber unverzichtbar und wird den Interessen unserer Partner in der Europäischen Union gerecht werden. Daneben wollen wir besonders der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und den neuen Mitgliedstaaten neue Qualität und Intensität geben. Kooperationsformen wie das Weimarer Dreieck wollen wir weiter intensivieren.

Erweiterung (S. 151)

Wir begrüßen, dass Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufgenommen worden sind. Wir halten fest an der europäischen Perspektive auch für die anderen Staaten des westlichen Balkans, wie sie auf dem Europäischen Rat in Thessaloniki beschlossen wurde.

Türkei (S. 151)

Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zur Türkei und an einer Anbindung des Landes an die Europäische Union. Die am 3. Oktober 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Dieser stellt wirtschaftlich, demografisch und kulturell eine besondere Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die in der Türkei eingeleiteten Reformanstrengungen. Wir wollen die demokratische, rechtstaatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, mit der wir auch in der NATO eng verbunden sind, nach Kräften fördern. Die im Verhandlungsmandat und in der Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten vom 21. September enthaltenen Bedingungen einschließlich der Aufnahmefähigkeit der EU müssen strikt eingehalten werden. Dazu gehört entsprechend den Kopenhagener Kriterien auch die Ausübung der Grundfreiheiten unter Einschluss der Religionsfreiheit. Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muss die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU weiter entwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.



Russland / Osteuropa (S. 156)

Wir setzen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für eine strategische Partnerschaft mit Russland ein, die wir auf der Ebene der bilateralen Beziehungen und auf der Ebene der EU in allen Bereichen vorantreiben. [...]. Ziel bleibt ein Russland, das prosperiert und das – orientiert an den Werten, denen Europa verpflichtet ist, und unter Berücksichtigung seiner Traditionen – den Wandel zu einer stabilen Demokratie erfolgreich bewältigt. Wir wollen den Handel ausbauen und eine langfristige Energiepartnerschaft ohne einseitige Abhängigkeiten schaffen. [...]. Es bleibt unser Ziel, den demokratischen und wirtschaftlichen Reformprozess in der Ukraine weiter nach Kräften zu unterstützen. Wir stehen zur Verwirklichung des im EU-Beschluss vom 21. Februar 2005 aufgezeigten Weges zur Vertiefung und Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine. Wir treten dafür ein, dass die Ukraine ihren Platz in Europa findet. Zusammen mit unseren Partnern in der EU setzen wir uns für eine Stärkung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Weißrussland ein.“



Anlage

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Büro der AG Angelegenheiten der Europäischen Union

Sebastian Gröning, koordinierender Referent	Tel.: 227 – 52075
Emilie Mansfeld, Referentin	Tel.: 227 – 52749
Elke Buggert	Tel.: 227 – 55727
Gabi Mick	Tel.: 227 – 55451
Sybille Pritzlaff	Tel.: 227 – 53864
	Fax: 227 – 56206

Ehemalige Referentinnen und Referenten:

Dr. Robert Ernecker (jetzt: Büro der Stv. Fraktionsvorsitzenden)
Dr. Carlos Jahnsen (beurlaubt)
Dr. Jutta Tiedtke (in Rente)
Dr. Walter Zöller (beurlaubt)
Christoph Thum, koordinierender Referent (ab Juni 2009 beurlaubt)

Büro der Stv. Fraktionsvorsitzenden Dr. Angelica Schwall-Düren

Dr. Robert Ernecker, koordinierender Referent	Tel.: 227 – 51253
Jürgen Pohnert, Referent	Tel.: 227 – 59256
Christiane Lütke	Tel.: 227 – 72106
Birgit Oberländer	Tel.: 227 – 59025
	Fax: 227 – 76706

Verbindungsbüro Brüssel:

Markus Broich, Büroleiter	Tel.: 0032 / 2 / 50 44 532
	Tel.: 030 227 – 51015
Jasmin Gassen (bis August 2009)	Tel.: 0032/ 2 / 50 44 530
	Fax: 0032 / 2 / 50 44 549

Nachweis Fotos:

Deutscher Bundestag
Christian Kruppa/photo journalist